



DOLF STERNBERGER

ZUM 100. GEBURTSTAG

Michael Borchard (Hrsg.)

Mit Beiträgen von:

Ulrich Raulff | Klaus Landfried

Bernhard Vogel | Günther Nonnenmacher

William J. Dodd

ISBN 978-3-939826-51-4

www.kas.de

INHALT

- 5 | EINLEITUNG
Michael Borchard

- 7 | ZUM 100. GEBURTSTAG: DOLF STERNBERGER
Ulrich Raulff

- 11 | BEGRÜSSUNG
Klaus Landfried

- 13 | DOLF STERNBERGER UND DIE POLITISCHE
WISSENSCHAFT
Bernhard Vogel

- 23 | DOLF STERNBERGER ALS JOURNALIST
Günther Nonnenmacher

- 35 | DOLF STERNBERGER UND DIE SPRACHE
William J. Dodd

- 49 | DIE AUTOREN

© 2007 Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck, auch auszugsweise, allein mit Zustimmung der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Abbildung Titelseite: Foto von Erika Loos, 1966 / dla-Marbach.

Redaktion: Tobias Wangermann, Berlin.

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.

Satz: workstation GmbH, produktionsservice für analoge und digitale medien, Bonn.

Druck: Druckerei Franz Paffenholz, Bornheim.

Printed in Germany.

Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-939826-51-4

EINLEITUNG

Dolf Sternberger gilt als eine der intellektuellen Gründungspersönlichkeiten der Bundesrepublik. Sein Engagement in der Publizistik und im Journalismus, in Forschung und Lehre ist über seinen Tod hinaus prägend für die Politische Wissenschaft und den öffentlichen Diskurs in Deutschland. Man muss nicht alleine auf den „Verfassungspatriotismus“ verweisen, um zu verdeutlichen, dass seine Begriffe und Ideen bis in die Gegenwart zur Debatte und zum Nachdenken anregen. Am 28. Juli 2007 wäre er 100 Jahre alt geworden.

Gemeinsam mit dem Deutschen Literaturarchiv Marbach und unter Mitwirkung der Dolf Sternberger-Gesellschaft würdigte die Konrad-Adenauer-Stiftung am 23. Juni 2007 Dolf Sternberger mit einer Tagung in Marbach am Neckar. Neben der Begrüßung von Ulrich Raulff sind im Folgenden die Vorträge von Bernhard Vogel, Günther Nonnenmacher und William J. Dodd in einer von den Autoren überarbeiteten Fassung wiedergegeben.

Ziel dieser Publikation ist es, die vielen Facetten des Wissenschaftlers, akademischen Lehrers und Publizisten Dolf Sternberger, aber auch sein Charisma zur Geltung zu bringen: Während die Sternberger-Schüler Bernhard Vogel und Günther Nonnenmacher in ihren Beiträgen zu seinem Wirken als Politikwissenschaftler und Journalist auch aus persönlichen Erlebnissen schöpfen, analysiert der Philologe William J. Dodd das besondere Verhältnis Sternbergers zur deutschen Sprache.

Gemeinsam mit dem Deutschen Literaturarchiv und der Dolf Sternberger-Gesellschaft möchte die Konrad-Adenauer-Stiftung mit dieser Publikation einen Beitrag dazu leisten, dass Werk und Wirkung eines bedeutenden Zeitzeugen des 20. Jahrhunderts nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

*Michael Borchard
Hauptabteilungsleiter Politik und Beratung der
Konrad-Adenauer-Stiftung*

ZUM 100. GEBURTSTAG: DOLF STERNBERGER

Ulrich Raulff

Es ist uns eine große Freude, dass Sie für die Hundertjahrfeier von Dolf Sternbergers Geburt und für Ihre Erinnerung an diesen bedeutenden Publizisten und Lehrer das Deutsche Literaturarchiv Marbach als passenden Ort einer solchen Ehrung gewählt haben. Wer Sternbergers Biographie kennt, der weiß, dass sich auch andere Orte angeboten hätten – so nicht zuletzt Heidelberg als Ort seines Studiums und seiner geistigen Prägung und vielleicht der glücklichsten Zeit in seinem Leben. Aber Sie haben sich für Marbach entschieden. Dies aus einem einfachen und sehr guten Grund: es ist der Ort, an dem sein Nachlass liegt und füglich die Stätte, an der seinen Manen zu opfern ist.

Muss ich Gründe dafür nennen, dass die Papiere und Briefe eines Publizisten und Politikwissenschaftlers, den man als Aristoteliker der Politik apostrophiert hat, dass die Papiere und Briefe eines solchen Publizisten und Politikwissenschaftlers in einem der Überlieferung der Literatur, der Dichtkunst und der Belletristik gewidmeten Institut liegen? Dann würde ich an den Sternberger erinnern, als dessen Schüler wir uns alle bezeichnen dürfen, ob wir nun in seinem Seminar saßen und von ihm promoviert wurden wie einige der heute Anwesenden, oder ob wir ihn erstmals als Leser kennenlernten und von Heine zu ihm hin geleitet wurden oder auch von

Walter Benjamin. Ich meine Sternberger den Philologen. Philologe – diesmal in einem sehr emphatischen, buchstäblichen Sinne verstanden, als Freund des Wortes. Ein Freund des Wortes nicht nur als glänzender Redner und brillanter Schreiber, sondern ein Philologe als Wächter, als Wächter über die Tugend und Tüchtigkeit des Wortes, ein Wächter gegen die Korruption des Wortes durch den Magnetismus der Macht und seine Verhexung durch die Verführer der Geister. Wie wenige seiner Zeitgenossen hat Sternberger – Erbe von Lessing, Wieland, auch von Lichtenberg und vor allem von Karl Kraus – schon als Student begonnen, den Ungeist in der Rede mit der Waffe des Lexikons, eines Gegen-Lexikons, zu bekämpfen. Eines Gegen-Lexikons, das sich immer dadurch empfahl, dass es über das bessere, das längere Gedächtnis verfügte. Ich sage, als Erbe von Karl Kraus, denn wie wenige andere seiner Zeitgenossen hat Sternberger den Ungeist in der Rede – heute würde man sagen im herrschenden Diskurs – aufgespürt und bekämpft – konsequent mit den Mitteln der Sprachkritik, der Wortgeschichte, der kaustischen, ätzenden Ironie und des literarischen Gedächtnisses. Als Philologe, als Freund des Wortes hat Sternberger Widerstand geleistet. Nicht nur in den bewussten zwölf Jahren, sondern schon vorher und auch nachher.

Wer heute wieder das *Wörterbuch des Unmenschen*, das er gemeinsam mit Storz und Süskind verfasst hat, aufschlägt, der wird erstaunt und erschrocken sein, wie viele jener Wörter, in denen der Geist – wenn man das so nennen will – des Nationalsozialismus sich ehemals wohlich eingerichtet hatte, heute wieder in vermeintlicher Unschuld unsere Reden schmücken. Vom „echten Anliegen“ über „das Leistungsmäßige“ bis hin zum „Mädel“. Nicht nur Adorno, auch Sternberger hat fassungslos mit ansehen oder anhören müssen, wie rasch sich die historisch kontaminierten Wörter wieder renaturalisierten. Vermutlich hat kein anderes Land, hat keine andere Sprachnation in den fünf, sechs Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg eine solche Arbeit an den Wörtern und Begriffen erlebt und so viele Großbaustellen der historischen Lexikographie aus dem Boden schießen sehen wie Deutschland – und dies aus naheliegenden Gründen. Der einsame und geniale Lexikograph, der Philologe Sternberger ist ihnen allen vorangegangen. In diesen Tagen wird in Basel der Abschluss des letzten Bandes des von Joachim Ritter und anderen begründeten *Historischen Wörterbuchs der Philosophie* gefeiert. Vielleicht das letzte dieser großen Projekte der Neubegründung einer nicht kontaminierten, ihrer Tugenden und Tüchtigkeiten neuerlich versicherten Begriffssprache. Anschließend soll zu unserer großen Freude das Archiv

dieses Wörterbuchs in unser Archiv nach Marbach kommen. Und auch ihm, diesem Archiv der Begriffsgeschichte, wird es ergehen wie allen begriffshistorischen, begriffskritischen Hasen vor dem schnellen Igel: Sternberger ist schon da.

Sternberger ist schon da. Und wir sind glücklich darüber, diesen bedeutenden Nachlass überliefern und der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zur Verfügung stellen zu können. Marbach hütet in seiner Bibliothek darüber hinaus den ganzen Schatz der ephemeren, kurzlebigen, aber intellektuell einst so wichtigen und brisanten Zeitschriften. Kaum jemand hat heute eine Vorstellung davon, welche Bedeutung Zeitschriften wie *Die Wandlung*, *Der Ruf*, die *Frankfurter Hefte* oder *Die Gegenwart* in den Jahren 1945 bis 1949 und auch noch einige Jahre danach gehabt haben.

Sternberger, der glänzende Stilist, hat sich damals auch als hervorragender Publizist und Organisator eines sich langsam wieder aufrichtenden geistigen Lebens bewährt. So dass wir in ihm heute einen der Gründungsväter der zweiten deutschen Republik würdigen dürfen, soweit diese auch eine Republik der Geister, eine Republik des öffentlichen Gesprächs und der kritischen Verhandlung war und ist. Wir ehren in Dolf Sternberger einen der bedeutendsten Strukturwandler der literarisch-politischen Öffentlichkeit und ihrer Wiederbegründung, ihren Wiederbegründer nach den Jahren der Diktatur.

Muss ich noch weiter begründen, weshalb ich meine, dass Sternbergers Nachlass nach Marbach gehört und heute zu uns gehört, als Bein vom Bein oder richtiger als Gold vom Golde des reinen Schatzes der deutschen Sprache und ihrer Überlieferung und Entwicklung durch die Dichter, die Schriftsteller, die Kritiker und Logotheten, die Begriffsschmiede? Dass es noch viele andere Wege gibt, die von Sternberger in die Literatur führen, auch in die Literatur im engeren Sinne von Dichtkunst oder Belletristik, auch viele Wege zur Kunst, das muss ich Ihnen nicht sagen.

BEGRÜSSUNG

Klaus Landfried

Dolf Sternberger ist noch nicht wieder „da“. Ich meine: in der Öffentlichkeit. Die Zahl seiner verkauften Bücher – ich war der Nachlassverwalter und bekomme als Vorsitzender der Sternberger-Gesellschaft vom Insel-Verlag immer die Abrechnungen – ist klein, um es höflich auszudrücken. Das Buch seiner Frau Ilse über das Museum „*Im Städel*“ in Frankfurt geht besser als *Grund und Abgrund der Macht* oder *Die drei Wurzeln der Politik*. In der wissenschaftlichen Literatur über Dolf Sternberger tut sich freilich etwas. Fachwissenschaftliche Bücher, die sich mit der politischen Theorie Sternbergers, mit seinem Aristotelismus auseinandersetzen, gibt es ebenso wie solche, die seinem Engagement für eine neue, demokratische Politik nach dem Zweiten Weltkrieg oder auch seiner politischen Sprachkritik nachgehen. Im November 2007 wird ein Buch von William J. Dodd über Sternberger und das *Wörterbuch des Unmenschen* erscheinen, mit dem Titel *Jedes Wort wandelt die Welt*. Vor zwei Tagen erhielt ich ein Werk eines französischen Publizisten, Jaques Dewitte, einem französischen Sprachphilosophen, der in Berlin lebt – ein Band, der in Frankreich schon mit großer Resonanz aufgenommen wurde und der Sternbergers sprachkritischen Kampf gegen das Inhumane, gegen das totalitäre Denken zum Thema hat.

International tut sich also etwas. Da und dort lesen auch unsere Studierenden Sternberger in ideengeschichtlichen Seminaren, aber seine politische Bedeutung, die müssen wir noch nach draußen bringen. Die Dolf Sternberger-Gesellschaft braucht dabei Unterstützung, damit dieser große Publizist des 20. Jahrhunderts, der auch ein Wort wie den „Verfassungspatriotismus“ geprägt hat, ernster genommen wird. Dieser Politikwissenschaftler, der uns einen Weg gezeigt hat, wie man mit Anstand und Würde in der Politik – vor allem in einer zivilisierten Sprache – miteinander umgeht. Auch das gehört zum Inhalt seiner Glossen und seiner vielen Rundfunkvorträge, die er im Hessischen Rundfunk gehalten hat.

Der Konrad-Adenauer-Stiftung wie auch dem Deutschen Literaturarchiv in Marbach gebührt großer Dank, dass sie uns alle mit diesem Symposium nachdenklich werden lassen und an einen bedeutenden Menschen, Publizisten und Wissenschaftler erinnern. Für die Dolf Sternberger-Gesellschaft (www.dolf-sternberger.de) darf ich sagen, dass wir uns über die große Resonanz auf die Einladung zu dieser Tagung sehr freuen.

DOLF STERNBERGER UND DIE POLITISCHE WISSENSCHAFT

Bernhard Vogel

„Wenn ich diesen Krieg und dieses Regime überlebe, dann muss ich mich selbst, dann müssen wir uns um die Politik kümmern, dann dürfen wir nicht mehr so herumplätschern in den reinen Meditationen, Spekulationen und in der Poesie“. So erinnert sich Dolf Sternberger noch Jahrzehnte später in einem Interview mit Joachim Lange an Augenblick und Situation seines Entschlusses, sich der Politik zuzuwenden.

In den Jahren der Weimarer Republik, in seiner Heidelberger Studentenzzeit, spielt die Politik für Dolf Sternberger und seinen Freundeskreis keine Rolle. Die *res publica* sei nicht zur Sprache gekommen, sondern exklusiv nur die *res intima*. Die Politik habe man nicht bei Jaspers gelernt, sondern erst „durch Hitler, *e contrario*“, meint er fast 60 Jahre später, anlässlich eines Vortrags zum Heidelberger Universitätsjubiläum von 1986. Aber er fügt auch hinzu: „Hätten wir diese Erfahrung der Kommunikation nicht gemacht und diesen Begriff der Liebe nicht gewonnen und wäre es uns damit, mit der *res intima*, nicht so ernst gewesen, so hätten wir wahrscheinlich nicht gewusst, was zu verteidigen sei“.

Die Heidelberger Jahre – die lebenslange Freundschaft mit Hannah Arendt hatte hier ihren Anfang genommen – haben ihn auf die Zeit der Diktatur vorbereitet. Aber die Zeit der Diktatur hat ihn befähigt, zu einem großen Lehrer zu werden. Die Jahre der Hitlerdiktatur seien „wahrhaftig des Teufels“ gewesen, so seine ständige Redewendung. Er brachte es nicht einmal über sich, obwohl er Joachim Fest sehr schätzte und ihm regelmäßig begegnete, seine große Hitlerbiographie zu lesen. Das Monster Hitler, wie er sagte, war für ihn „stets allzu ekelhaft“.

Als der Krieg zu Ende war, trug er sich mit der Absicht, zusammen mit Freunden die *Frankfurter Zeitung* wieder ins Leben zu rufen. Aber die amerikanische Besatzungsmacht wollte grundsätzlich keinen früheren Titel zulassen und Sternberger wollte auf den Titel nicht verzichten. Stattdessen gründete er im Oktober 1945 zusammen mit Karl Jaspers, Alfred Weber und Werner Krauss, dem bald darauf Marie Luise Kaschnitz folgte, die Zeitschrift *Die Wandlung*. Aus einer Artikelserie, die sich mit der Verwehrung der Sprache im Dritten Reich auseinandersetzte, entstand zusammen mit Gerhard Storz und Wilhelm G. Süsskind sein *Wörterbuch des Unmenschen*, das viele Auflagen erlebte und von erheblicher Wirkung sein sollte. William J. Dodd, dem Birminghamer Philologen, kommt das Verdienst zu, in diesen Tagen eine bemerkenswerte Studie zu Sternbergers Sprachkritik vorzulegen. Wir werden ihn heute Nachmittag dazu hören. Als *Die Wandlung* in der Folge der Währungsreform ihr Erscheinen einstellen musste – jetzt gab es zwar Papier, aber jetzt fehlte das Geld –, wird Sternberger von 1950 bis 1958 Mitherausgeber der Halbmonatsschrift *Die Gegenwart*.

1946 erhebt Sternberger als erster die Forderung nach der (Wieder-)Einführung des Faches Politische Wissenschaft an deutschen Hochschulen und wird so mit Ernst Fraenkel, Otto Suhr, Heinrich von der Gablenz und Eugen Kogon zu einem ihrer Gründungsväter. Auf Einladung des „Heidelberger Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ hält er im Mai 1946 einen Vortrag. Die Politik „muß ... auf die Hochschule – als eine Wissenschaft.“ Angesiedelt zwischen Philosophie, Recht, Geschichte und Gesellschaftslehre. Nicht als Zusatzangebot oder als schmackhaftes Beiwerk. Nach Carl Joachim Friedrich ist sie die „älteste und zugleich ... jüngste aller Wissenschaften von der Gesellschaft der Menschen“. Sternberger versteht die Politische Wissenschaft als eine Wissenschaft von unserer eigenen menschlichen Ordnung und Unordnung – die sich niemals „mit der bloßen Registrierung von Daten begnügen [darf], sie muß

es zum Urteil bringen, wenn sie ihrem eigenen Anspruch und dem hohen Vorbild ihrer großen abendländischen Überlieferung genügen will.“ Sternberger nimmt an einer Serie von überregionalen Konferenzen teil, engagiert sich schließlich auch für die Neuinstallierung der Hochschule für Politik in Berlin und die Gründung der Politikwissenschaftlichen Vereinigung.

In Hessen kommt es schon im April 1948 zur Einrichtung dreier Professuren. 1950 wird Wolfgang Abendroth nach Marburg berufen, 1951 Eugen Kogon nach Darmstadt und schließlich 1953 Carlo Schmid nach Frankfurt. Doch nach der Gründung der Bundesrepublik dauert es mehr als ein Jahrzehnt, bis alle Universitäten wenigstens einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft ausweisen. 1960, in dem Jahr, als ich Sternbergers Assistent wurde, gab es 24 Professuren in Deutschland, im Jahre 2000 298. Ob damit eine Vervielfältigung der Wirkung eingetreten ist, mag jeder selbst beurteilen.

Politische Wissenschaft ist für Dolf Sternberger immer zugleich normative und empirische Wissenschaft. Er hat dafür gesorgt, dass die Politische Wissenschaft Geisteswissenschaft geblieben ist. Als ihn die philosophische Fakultät der Universität Heidelberg 1947 einen Lehrauftrag übertragen will und ihm die Frage vorlegt, was er denn eigentlich lehren wolle – man dachte an Publizistik, an Philosophie oder gar an Soziologie – war seine Antwort: „Es gibt nur eines: Politik“. Sternberger hat sich damals durchaus die Frage gestellt, Politiker zu werden, aber dann hätte er sich mit einer Partei identifizieren müssen. „Ich habe einmal die einen, einmal die anderen gewählt“. Er wollte seine Unabhängigkeit wahren. „Ich habe mich mit dem Staat identifiziert, mit der Verfassung, mit dem Verfassungsstaat, mit dem Parlamentarismus, mit dem repräsentativen System, aber nicht mit einer einzelnen Partei“. Er war von Staatsleidenschaft, Verfassungsleidenschaft, nicht von Parteileidenschaft durchdrungen. Übrigens ein Grund dafür, dass ich selbst wegen dieser Argumente später als erwartet einer Partei beigetreten bin.

Seit 1951 leitet er am Alfred-Weber-Institut eine Forschungsgruppe – die Keimzelle des späteren Instituts für Politische Wissenschaft. Die ersten empirischen Studien entstehen hier. 1955 wird er zum Honorarprofessor ernannt, wird 1960 zunächst persönlicher Ordinarius und schließlich 1962 – endlich – ordentlicher Professor und Direktor des Instituts für Politische Wissenschaft.

Als wir in den frühen fünfziger Jahren zu studieren begannen, da war es das Neue, das Unbekannte, das uns an der Politischen Wissenschaft reizte. In der deutschen Hochschullandschaft waren Inseln entstanden, auf denen das Fach in Deutschland – wieder – heimisch zu werden begann. Ich selbst habe es in Heidelberg erlebt. Alfred Weber kam aus dem inneren Exil und legte u.a. sein Buch *Der dritte oder der vierte Mensch* vor. Alexander Rüstow kam 1949 aus der Türkei zurück und brachte wesentliche Teile seines voluminösen, dreibändigen Werkes *Ortsbestimmung der Gegenwart* mit. Karl Löwith hatte in Japan überlebt, Hans-Georg Gadamer kam aus Leipzig, Carl Joachim Friedrich, der schon Mitte der zwanziger Jahre in die USA ausgewandert war, kam in der Uniform eines amerikanischen Offiziers. Friedrich und Sternberger hielten das gleiche voneinander. Wir profitierten von ihrer freundschaftlichen, kritischen Rivalität.

Sternberger kam mittwochs, am späten Vormittag traf er auf dem Hauptbahnhof ein. Sprechstunde, Fakultätssitzung der – von ihm wegen der Möglichkeit eines interdisziplinären Gesprächs so geliebten – Philosophischen Fakultät, deren spätere Auflösung er als Barbarei empfand, Vorbereitung der Vorlesung, abends Kanaster-Spiel bei Freunden. Donnerstags Vorlesung und Prüfungen, Post, abends Geselligkeit. Freitags um 14.00 Uhr das Seminar der Forschungsgruppe Sternberger – dreistündig. Um 17.00 musste Schluss sein, kurz nach 17.00 Uhr ging der Zug zurück nach Frankfurt, später nach Darmstadt. Das Seminar, nur für Fortgeschrittene, über lange Jahre in einer Dachstube der Anatomie. Eine weit und breit einmalige Veranstaltung. Nichts war schwieriger, als in dieses Seminar, das nicht mehr als 20 bis 25 Mitglieder umfasste, aufgenommen zu werden. Die fachkundige Debatte, die Sternberger so liebte, nicht das Vortragen von langen Referaten stand im Mittelpunkt. Die Sitzordnung an schwarz lackierten Tischen war streng festgelegt, die Reihenfolge der Wortmeldungen auch: erst Faul, dann Breitling und dann auch die anderen. Nicht zuletzt dies störte den Teilnehmer Helmut Kohl. Der Meister führte das Wort, ohne uns zu belehren, er führte es mit großer Zurückhaltung. Solange Kohl an den Sitzungen teilnahm, übernahm er das Contra-Präsidium. Man neigte dem Zeitgeist entsprechend nach links. War man Mitglied der CDU, hielt man es besser verborgen, von den Wenigen taten es jedenfalls die Meisten.

Über die Jahre entstanden aus diesem Seminar eine Fülle von Doktorarbeiten und wissenschaftlichen Publikationen. Lange Jahre stand die

Empirie im Vordergrund: das Verhältnis von Regierung und Opposition, die Parteien, die Parteienfinanzierung, die Nominierungsprozesse von Parlamentskandidaturen, der Verlauf von Wahlkämpfen, die Interpretation von Wahlergebnissen, die Parlamentsdiäten, die Interessenverbände, das Wahlrecht, die Geschäftsordnung des Bundestages.

In seiner Antrittsvorlesung im November 1960 formulierte er – im Gegensatz zu Carl Schmitt, dessen Geist in diesen Jahren noch deutlich lebendig war in Heidelberg, aber auch zu Max Weber –: „Der Gegenstand und das Ziel der Politik ist der Friede“. „Frieden herzustellen, Frieden zu bewahren, zu gewährleisten, zu stärken und freilich auch zu verteidigen, ist Politik.“ Das Wesen des Friedens aber ist es, ihn zu regeln. Sein Wesen ist es nicht, den Streit abzuweisen und auszuschließen oder gar abzuschaffen. Der Staat, wenn er als Gemeinwesen glückt, ist der Ort verwirklichten Friedens. Der Friede beruht auf vertraglicher Vereinbarung, nicht auf Herrschaft. Sternberger war vom elementaren Freiheitsverlangen des Menschen überzeugt. Schon 1946 – in einem Vortrag auf dem Heidelberger Schloss –, am 5. Mai, fällt der wichtige, immer wieder zitierte Satz „Keine Freiheit den Feinden der Freiheit“ – ob er ihn geprägt hat, oder ob ihn Eschenburg zurecht Carlo Schmid zuschreibt, sei dahingestellt.

Was geschehen war, sollte sich nie wiederholen. Später hat er diesen Satz ausdrücklich auf alle anderen Verfassungsfeinde bezogen. Er war für ihn die Richtschnur zur Verteidigung der Verfassung. Der demokratische Verfassungsstaat ist die beste dem Menschen mögliche Organisationsform. Die klassische Lehre von der Gewaltenteilung nach Montesquieu ist im parlamentarischen System aufgehoben. Die Machtkontrolle wird im Parlament durch die Opposition ausgeübt. Sie bildet die Alternative zur Regierung und sichert dem Wähler die Ausübung politischer Kontrolle. Der Bürger soll ein loyaler Freund dieses Staates und seiner Institutionen sein. „Ich wünschte ein Bürger zu sein“, so der auf ein Bekenntnis Theodor Mommsens in seinem Testament zurückgehende Titel einer Aufsatzsammlung Sternbergers aus dem Jahre 1967. Mit Leidenschaft streitet er für das Personen- und relative Mehrheitswahlrecht. Die Wahl ist für ihn in erster Linie eine Kundgebung des Vertrauens gegenüber Personen und Parteien, von denen sie nominiert sind, nicht eine Abstimmung über Sachfragen. Eine Erkenntnis Sternbergers, die weithin in Vergessenheit geraten ist und meiner Ansicht nach einer der Gründe für vielfältige heutige Schwierigkeiten. Er engagiert sich dafür mit großem Eifer. Nur

das relative Mehrheitswahlrecht garantiere die Macht des Wählers als der zentralen Figur der Demokratie und ermögliche ihm den Wechsel in der Regierungsausübung. „Repräsentative Systeme sind durch die Möglichkeit des Widerspruches ausgezeichnet, nicht durch den Monolog des Volkes, sondern durch den Dialog der Regierenden mit den Regierten.“ Schon im September 1947 gründet er die Deutsche Wählergesellschaft als überparteiliche Vereinigung zur Einführung des Mehrheitswahlrechts und bleibt bis 1967 ihr Vorsitzender.

Als seine beiden bedeutsamsten wissenschaftlichen Werke gelten *Grund und Abgrund der Macht. Kritik der Rechtmäßigkeit heutiger Regierungen* (1962) und *Drei Wurzeln der Politik* (1978). Alexander Schwan hat es „das gewichtigste, originellste, auch schönste Werk deutscher Politischer Philosophie in der Nachkriegszeit“ genannt. In *Grund und Abgrund der Macht* untersucht Sternberger, worauf die westlichen und östlichen Regierungen ihre Legitimität gründen. In *Drei Wurzeln der Politik*, sein eigentliches opus magnum – der bestimmte Artikel fehlt mit Bedacht, denn Sternberger lässt natürlich auch noch andere Wurzeln gelten –, widmet er sich den „politologischen“, den „eschatologischen“ und den „dämonologischen“ Wurzeln: Aristoteles, Augustinus und Machiavelli. Nicht der Herrscher (*Il Principe*), noch die Gemeinschaft der Heiligen (Gottesstaat), die Bürgerschaft ist die zentrale Figur der Politik. Aristoteles steht Sternberger am nächsten. Die „Politik“ des Aristoteles ist für ihn „das Grundbuch der abendländischen Staatslehre“.

Zum 30. Jahrestag der Verabschiedung des Grundgesetzes (1979) prägt Sternberger – als Überschrift eines Leitartikels in der *F.A.Z.* – den Begriff „Verfassungspatriotismus“. Diese seine Wortschöpfung hat die weiteste Verbreitung gefunden. Sie wird bis heute vielfach – wenn auch nicht immer korrekt – zitiert und nach wie vor häufig missverstanden. Andere Autoren, wie z.B. Jürgen Habermas, haben sie sich zu Eigen gemacht und anders als Sternberger interpretiert. Ralf Dahrendorf hält Sternbergers Wortprägung für eine Kopfgeburt. Auf den profunden Beitrag zu „Dolf Sternbergers Verfassungspatriotismus“ von Peter Molt in der *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (3/2006) sei ausdrücklich verwiesen.

Der Verfassungsstaat bedarf zu seiner Identifikation des Patriotismus, er braucht Vaterlandsliebe als Bürgertugend, schon gar in Zeiten einer geteilten Nation, im Deutschland vor der Wiedervereinigung, in dem die

Frage nach der Loyalität zu einem geteilten Land die Gemüter bewegt hat. „Ich wollte nicht einen Ersatz für den nationalen Patriotismus bieten ... Vielmehr wollte ich darauf aufmerksam machen, dass Patriotismus in einer europäischen Haupttradition schon immer und wesentlich etwas mit Staatsverfassung zu tun hatte, ja dass Patriotismus ursprünglich und wesentlich Verfassungspatriotismus gewesen ist“, bemerkt er anlässlich eines Kolloquiums zu seinem 80. Geburtstag im November 1987. Für Sternberger ist die Verfassung das Vaterland des Bürgers. Das Vaterland sei „weder Natur noch Idee, sondern das geschichtliche Feld und Medium unseres eigenen freien Wirkens und Bildens“, schreibt er schon 1947 in einem Essay in *Die Wandlung*. „Der Begriff des Vaterlandes erfüllt sich erst in seiner freien Verfassung – nicht bloß in seiner geschriebenen, sondern in der lebenden Verfassung, in der wir alle uns als Bürger dieses Landes befinden, an der wir täglich teilnehmen und uns weiterbilden“. Denn „Es gibt kein Vaterland in der Despotie ... nur eine bürgerliche Verfassung kann eine vaterländische Verfassung sein“.

Jahrzehnte später meint Josef Isensee in einem Beitrag in der *Politischen Meinung* (Juli 2006), Sternbergers Begriff kollidiere mit der Suche nach einer deutschen Leitkultur. Sternbergers Begriff sei unscharf und mehrdeutig. Er habe der Befindlichkeit der Westdeutschen in der Zeit der staatlichen Teilung entsprochen. Inzwischen habe sich „die deutsche Linke“ des Begriffes bemächtigt und „in ihrem Sinn“ umgedeutet und mit den „alten Kräften der DDR“ versucht, die Beitrittslösung zu vereiteln, um an Stelle des Grundgesetzes eine neue gesamtdeutsche Verfassung in einer „linken Republik“ zu erreichen. Dieser Interpretation hätte Sternberger heftig widersprochen. Auch in der veränderten Situation von heute kann uns seine Wortprägung hilfreich sein. „Gegen erklärte Feinde muß die Verfassung verteidigt werden, das ist patriotische Pflicht.“ Vor politischen Gruppierungen, die zum Systemwechsel aufrufen, sei gewarnt. Der ideale Gehalt der Sternbergerschen Wortprägung bleibt eine nützliche und hilfreiche Orientierung für unser nationales Selbstverständnis bis zum heutigen Tag.

Sternberger hat keine Schule begründet, aber an seinem Tisch saßen spätere Professoren, zwei Hochschulpräsidenten, Journalisten, Herausgeber und Chefredakteure großer Tageszeitungen, Abgeordnete aller Fraktionen, Oberbürgermeister, Minister, auch ein Ministerpräsident und ein Bundeskanzler. Keime, die er zu legen bemüht war, sind aufgegangen.

1972 verlässt er, nicht ohne Bitterkeit, die Universität. Nicht das Aufbegehren der 68er hat ihn betroffen gemacht, die Regelverletzungen, die Missachtung der Spielregeln haben ihn verzweifelt berührt, und zu seinem Ekel an der Entwicklung geführt. Als Publizist, als Essayist, aber auch als Wissenschaftler hat er weiter gewirkt. Bis zu seinem Tode blieb er Berater und Autor der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. Seine Monographie *Heinrich Heine und die Abschaffung der Sünde*, ein Klassiker der Heine-Forschung, erscheint 1972. Mit dieser Arbeit zur Literatur- und Geistesgeschichte des 19. Jahrhunderts nimmt er seine Studien zum Geistes-, Gesellschafts- und Wirtschaftsleben des 19. Jahrhunderts wieder auf. Bereits 1938 war sein Buch *Panorama oder Ansichten vom 19. Jahrhundert* erschienen. „Ein überaus eindringliches ... und höchst luminöses Gemälde einer großen Epoche“ (Harald Weinrich).

Sternberger hat viele öffentliche Ehrungen erfahren. 1989 wurde er mit dem Großkreuz des Bundesverdienstordens ausgezeichnet. Er war Ehrendoktor der Pariser Sorbonne (1980) und der Universität Trier (1982). Die Bayerische Akademie der Schönen Künste hat ihm 1977 den Literaturpreis verliehen. Goethe (Frankfurt 1989), Reuchlin (Pforzheim 1980), Wilhelm von Humboldt (Helmholtzgesellschaft 1983), Leuschner (Hessen 1977), Bloch (Ludwigshafen 1985), Zuckmayer (Rheinland-Pfalz 1986) und viele andere mussten sich versammeln, wenn alle zusammenkämen, die Sternberger verliehenen Preisen ihren Namen gaben. Sternbergers Ehrgeiz war nie auf etwas anderes gerichtet, als auf den Ruf, ein Lehrer des *Common Sense* zu sein, schreibt Joachim Fest. Und in der Tat, Dolf Sternberger gehört zu den Klassikern des politischen Denkens. Er ist ein unermüdlicher Streiter für den Verfassungsstaat, für repräsentative Demokratie und Mehrheitswahlrecht. Ein Lehrmeister der Politik, ein Lehrmeister des Friedens, „ein unbeugsamer Verteidiger der Freiheit“ (Weinrich). Als Wissenschaftler, durch sein publizistisches Wirken und durch seine faszinierende Sprachfähigkeit hat er über Jahrzehnte in die Öffentlichkeit hineingewirkt und erheblichen öffentlichen Einfluss ausgeübt. Er hat die Bundesrepublik Deutschland mitgeprägt, vor allem aber kommt ihm der Verdienst zu, sein Fach, die Politische Wissenschaft, an Deutschlands Hochschulen wieder heimisch gemacht zu haben.

Als er im Juli 1989 – einen Tag vor seinem 82. Geburtstag – in Frankfurt/M. stirbt, ist die Mauer noch nicht gefallen. Die Wiedervereinigung hat er nicht mehr erlebt. In einem bin ich mir sicher: Er hätte es begrüßt, dass

dazu der Weg über den Artikel 23 des Grundgesetzes gegangen worden ist, er hätte es begrüßt, dass das Grundgesetz von 1949 auch die Verfassung der neuen Bundesrepublik ist. Kritisiert hätte er die allzu häufigen Grundgesetzänderungen und die Unsitte, Detailregelungen, die allenfalls in Gesetze, häufig aber nur in Verordnungen gehören, in Verfassungsartikel aufzunehmen und der deutschen Sprache mitunter harte Gewalt anzutun.

Mit dem Tod hat sich Dolf Sternberger zeit seines Lebens befasst, und er hat immer wieder versucht, sich mit seinem eigenen Tod vertraut zu machen. *Der verstandene Tod* war der Titel seiner Dissertation bei Paul Tillich im Jahre 1931. (Übrigens das einzige schriftliche Zeugnis mit dem Namen Adolf Sternberger, weil die Behörde auf dem Namen in der Geburtsurkunde bestand. Es ist eine fromme Legende, dass er wegen Hitler den Namen verändert habe. Seine erste Publikation aus dem Jahre 1927 ist mit Dolf Sternberger gezeichnet, den Kosenamen seiner Kinderzeit.) „Er ist ein Gegenstand, den wir nicht begreifen können“, schrieb er 46 Jahre später. Er lässt sich nicht annehmen oder einsehen. Er hielt ihn für „die tiefste Kränkung, die sich denken lässt“, für etwas „ganz und gar Unverständliches“. Er hat ihn nicht gefürchtet – schon weil er ihn in den Jahren der Bedrängnis ständig vor Augen hatte und lange Zeit Gift bei sich trug –, aber er hat ihn gehasst und als etwas Fremdes betrachtet. Er hat das Leben geliebt und die Welt, und er wollte in ihr heimisch sein. Er hat ein langes, reiches, bewegtes Leben gelebt, obwohl er wusste, dass der Mensch fremd in der Welt bleibt. „Wir haben hier keine bleibende Stadt“, war eines der von ihm am häufigsten zitierten Bibelworte.

Dolf Sternberger ist nicht vergessen, auch wenn wir beklagen, dass seine Erkenntnisse nicht häufiger von den heutigen Vertretern unseres Faches gelehrt, dass seine Werke nicht aufmerksamer gelesen, seine Begriffsprägungen in der öffentlichen Diskussion nicht häufiger zitiert, und sein Staats- und Verfassungsverständnis nicht präsenter ist. Auch wäre es nicht zu beklagen, wenn mancher Vertreter unseres Faches zwischen zwei Talk-Show-Auftritten sich gelegentlich auf Ursprung und Ziel unserer Wissenschaft besönne. Er kann uns helfen, die Bundesrepublik Deutschland in guter Verfassung zu halten oder – für Zweifler – sie wieder in gute Verfassung zu bringen.

Dass sein Nachlass im Deutschen Literaturarchiv Aufnahme gefunden hat, dass Marbach und die Konrad-Adenauer-Stiftung, dass die Dolf

Sternberger-Gesellschaft dieses Symposium ausrichten, dass wir alle uns hier aus Anlass seines 100. Geburtstags versammelt haben, soll ihm Freude bereiten, soll ihn ehren und soll uns ermutigen, in seinem Geiste zu wirken und dafür zu sorgen, dass sein Lebenswerk lebendig bleibt. Ein Gedenken ehrt den, dessen man gedenkt. Ein Weitergeben seiner Botschaft hält ihn lebendig – auch hundert Jahre nach seinem Geburtstag.

DOLF STERNBERGER ALS JOURNALIST

Günther Nonnenmacher

I.

Meine Bekanntschaft mit Dolf Sternberger geht auf das Wintersemester 1971/72 zurück, in dem ich – nach drei Semestern in Freiburg und zweien in Frankfurt – an die Universität Heidelberg wechselte. Damals war es noch Usus, dass Studenten, die sich in das Haupt- oder Oberseminar eines Professors einschreiben wollten, sich diesem auch persönlich vorstellten. Was heute als ein Beispiel für den „Muff“ der alten Ordinarienuniversität gelten mag, als eine Art demütigender „Aufnahmeprüfung“, war in Wirklichkeit eine hervorragende Gelegenheit, jenen persönlichen Kontakt mit Professoren zu bekommen, dessen Fehlen heutige Studenten oft so bitterlich beklagen. Das Gespräch mit Dolf Sternberger – und auch dasjenige mit dem anderen Lehrer, den ich in Heidelberg gefunden habe, dem Historiker Reinhart Koselleck – hatte jedenfalls überhaupt keinen Prüfungscharakter. Es wurde darüber geredet, wo und bei wem ich bisher studiert und mit welchen Themen ich mich dabei beschäftigt hätte. Dabei kam auch Persönliches zur Sprache, zum Beispiel, dass ich schon verheiratet war („Sie sind doch noch ziemlich jung.“). Das führte etwa dazu, dass Koselleck mich als studentische Hilfskraft engagierte, was nicht nur Geld einbrachte, sondern auch zu einer großen wissenschaftlichen

Bereicherung wurde: Ich hatte auf diese Weise Gelegenheit, mein bescheidenes Scherflein zu Kosellecks großem Lexikon *Geschichtliche Grundbegriffe* beizutragen; ich konnte auch einem bedeutenden Historiker bei seiner täglichen Arbeit über die Schulter sehen – die beste Art zu lernen.

Auch das Gespräch mit Sternberger war persönlich. Nach einigen Minuten kramte er eine Zigarette der Marke „Kent“ hervor – leicht zu erkennen am weißen Filter –, worauf ich mir erlaubte, auch eine meiner blauen filterlosen „Gauloises“ anzustecken. Prompt kam die Frage: „Darf ich eine von Ihnen schnorren?“, und so ist das dann geblieben während meiner Heidelberger Studententage (später, als ich ihn bei der *F.A.Z.* öfter traf, hat Sternberger meiner Erinnerung nach nicht mehr geraucht).

Jedenfalls wurde ich freundlich in Dolf Sternbergers Oberseminar aufgenommen, das „Zur Theorie und Geschichte der gemischten Verfassung“ hieß. Für mein Referat und die daraus resultierende Hausarbeit untersuchte ich die Frage – kundig beraten von Sternbergers Assistenten Peter Haungs –, ob denn die französische Fünfte Republik eine gemischte Verfassung in dem Sinne sei, wie sie von Aristoteles und Polybios als die beste Verfassung für die Polis beschrieben wurden. Meine Antwort war negativ, und ich äußerte auch Zweifel an der Fruchtbarkeit des Konzepts zur Beschreibung und Erklärung moderner Verfassungsstaaten oder Regierungssysteme, die Sternberger ironisch quitierte – eine gute Note gab er mir dennoch. Er hat an diesem Thema dann weitergearbeitet und dazu auch einiges veröffentlicht, ohne dass dies allerdings, wenn ich recht sehe, großen öffentlichen oder wissenschaftlichen Nachhall gefunden hätte.

Mein zweites Oberseminar bei Sternberger, es war in seinem letzten Semester vor der Emeritierung, stand unter dem Thema „Begriff des Politischen“. Ohne seine gleichnamige Schrift schon zu kennen, deshalb natürlich auch ohne das Wissen, dass sie als Gegenentwurf zu Carl Schmitt gedacht war, wählte ich dessen Essay „Der Begriff des Politischen“ für Referat und Hausarbeit aus. Da teilte ich, was die Beurteilung anging, Sternbergers Ansicht, auch wenn ich – historisch unbelastet – seine bis zum Ekel gesteigerte Aversion gegen Schmitts gesamtes Werk nicht ganz nachvollziehen konnte (immerhin hatte mein anderer Lehrer, Koselleck, Carl Schmitt im Vorwort zu seiner Dissertation „Kritik und Krise“ dafür gedankt, dass ihn dieser gelehrt habe, „die richtigen Fragen zu stellen“.) Dolf Sternberger hat dann als Emeritus meine Magisterarbeit betreut und

mich mit einer Dissertation über den englischen Theoretiker James Harrington, einen Zeitgenossen von Thomas Hobbes, im Jahr 1975 promoviert. Kurz danach trat ich eine Stelle als Wissenschaftlicher Assistent an der Gesamthochschule Wuppertal an.

Über die folgenden Jahre blieb der Kontakt bestehen, durch Briefe und Postkarten, zweimal habe ich Sternberger auch in seinem Haus auf der Darmstädter Rosenhöhe besucht. Das eine Mal ging es um die Bitte, meine Habilitationsschrift als auswärtiger Gutachter zu beurteilen, was er zusagte und dann auch tat. Das zweite Mal ging es um meine berufliche Zukunft – und hier kommt dann die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ins Spiel. Sternberger war der Meinung, dass ich ganz gut und auch temperamentvoll schreiben könne, und wir hatten – ich weiß nicht mehr genau wann und aus welchem Anlass – schon während meines Studiums über den Journalismus als mögliches Berufsziel gesprochen. Als ich mich 1981 auf eine Stellenanzeige hin als Redakteur bei der *F.A.Z.* bewarb, gab ich Dolf Sternberger als Referenz an und bat ihn, meine Bewerbung zu unterstützen. Ich wusste nicht, dass seine Unterstützung in Frankfurt durchaus ambivalent aufgenommen hätte werden können – dazu gleich mehr. Jedenfalls fing ich im Oktober 1982 in der Nachrichtenredaktion der *F.A.Z.* an und erlernte damit einen neuen Beruf, nämlich den des Journalisten. Von da an traf ich Dolf Sternberger häufiger, mindestens alle 14 Tage am Dienstag, wenn er bei der so genannten „großen“ Redaktionskonferenz anwesend war.

II.

Wenn ich Ihnen jetzt über die Beziehung von Dolf Sternberger zur *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* berichte, bewege ich mich auf unsicherem Grund. Das liegt auf der einen Seite daran, dass ich diese Beziehung erst in den letzten Jahren, also seit 1982, persönlich beobachten konnte. Auf der anderen Seite liegt es daran, dass die Quellen, die über dieses Verhältnis Auskunft geben können, also die Protokolle der Herausgeberkonferenz oder die Korrespondenz zwischen Herausgebern und Geschäftsführung oder wiederum die Korrespondenz zwischen Geschäftsführung sowie Herausgebern mit Sternberger, zum Teil noch unter Verschluss sind oder bisher nur summarisch ausgewertet wurden.

Sie wissen, dass Sternberger 1959 Berater und fester Mitarbeiter der *F.A.Z.* geworden ist. Überlegungen dazu gab es Anfang des Jahres 1958.

Offensichtlich ist die Initiative für die Mitarbeit Sternbergers bei der *F.A.Z.* nicht von den Herausgebern gekommen, sondern von Werner Wirthle, dem Vorstand eines der *F.A.Z.* eng verbundenen (mit Überkreuz-Beteiligungen) Unternehmens, der Frankfurter Societäts-Druckerei (FSD). Da wird in der Herausgeberkonferenz Anfang 1958 (in der sich bis heute mittwochs Herausgeber und Geschäftsführer treffen, um über die laufenden Dinge zu sprechen und Entscheidungen zu treffen) die Frage erörtert, wie sich die Redaktion gegenüber den Herausgebern der Zeitschrift *Die Gegenwart* verhalten sollte. Wirthle hatte wohl eine Mitarbeit bei der *F.A.Z.* angeregt oder angeboten. Es herrschte zwischen Geschäftsführung und Herausgebern Übereinstimmung darüber, dass man sich an ein solches Angebot halten, aber nicht darüber hinausgehen wolle. Einer der damaligen politischen Herausgeber, Jürgen Tern, legte Wert darauf, dass man zwar die Federn dieser Publizisten aktivieren sollte (nicht nur in der Politik, sondern auch im Feuilleton), die Gegenwarts-Herausgeber, vor allem aber Sternberger, als Redakteure aber möglichst fernhalten sollte, das heißt ohne Zimmer im Haus, ohne Sekretärin und ohne die Möglichkeit, „andere Leute im Hause für sich arbeiten zu lassen“. (Zumindest in einem Fall hat sich das anders entwickelt: Reifenberg wurde im Jahr 1959 in das Herausgebergremium aufgenommen.)

Darüber gab es dann längliche Verhandlungen, denn die Frage, ob Sternberger eine Sekretärin haben sollte, hat die Herausgeberkonferenz auch noch ein Jahr später beschäftigt. Am 20. Dezember 1958 erschien jedenfalls auf der *F.A.Z.*-Seite „Deutschland und die Welt“ unter der Überschrift „Von der Gegenwart zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ ein Bericht über den „bevorstehenden Eintritt der Herren Benno Reifenberg, Fritz Hauenstein, Heribert Küsel, Michael Freund und Dolf Sternberger in die Redaktion der *F.A.Z.*“; sie wurden mit Bild und kurzem Lebenslauf vorgestellt. Übrigens wurde damals im politischen Teil auch eine Sonderseite „Die Gegenwart“ eingeführt, die bis heute existiert und die der Platz ist, auf dem längere Abhandlungen und Essays veröffentlicht werden.

In den folgenden Jahren gab es immer wieder Diskussionen über Fragen des Status, den Sternberger haben sollte, und über finanzielle Dinge, darunter etwa die Erstattung der Telefonrechnung Sternbergers. Ein anderer Streitpunkt war die Form der Mitarbeit Sternbergers an der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*. So wurde etwa bemängelt, dass er nicht regelmäßig eigene Artikel für die Zeitung schreibe, sondern vornehmlich Vorträge und Aufsätze, die er anderwärts gehalten hatte, in der

Zeitung veröffentlichte. Daraus ergaben sich auch Diskussionen über die Honorierung seiner Mitarbeit: ob sie mit einem Fixum (wie vereinbart) honoriert werden sollte oder künftig nach Zeilen. Das alles hat in einem Brief, den der Gründungsherausgeber der *F.A.Z.*, Erich Welter, an den Mitherausgeber Benckiser schrieb, seinen Kulminationspunkt. Dort wird im Kontext dieser Diskussionen bemerkt, Sternberger sei ohnedies, „was vertragliche und rechtliche Regelungen anlangt, mit weitem Abstand der komplizierteste Mitarbeiter, den das Haus hat“. Im Jahre 1964 hatte Welter mit Sternberger noch einmal einen Briefwechsel, in dem zu lesen ist, dass die Redaktion von Sternberger mehr Exklusiv-Beiträge erwarte.

Ein Fixpunkt der Mitarbeit Sternbergers bei der *F.A.Z.* war die Teilnahme an der dienstags alle vierzehn Tage stattfindenden so genannten „Großen Konferenz“. Diese Veranstaltung war verpflichtend für alle Redakteure des Hauses; oft wurden – auch noch in den späteren Jahren, die ich erlebt habe – prominente Referenten aus Politik oder Wissenschaft eingeladen, um Vorträge zu halten und mit den Redakteuren zu diskutieren: Ich kann mich beispielsweise an eine interessante Sitzung mit dem Philosophen Hermann Lübbe erinnern. Sternberger nahm an diesen Konferenzen regelmäßig teil, und genauso regelmäßig ergriff er das Wort. Dabei kam es nicht selten zu Kontroversen, insbesondere mit den politischen Herausgebern. Das lag daran, dass sich Sternbergers Positionen nicht immer vertrugen mit der politischen „Linie“, welche die politischen Herausgeber vertraten.

In der Tat entsteht eine solche „Linie“ ja nicht einfach durch Dekret der Herausgeber, sondern in der Folge der täglichen Diskussion innerhalb der Redaktion. An diesen Diskussionen aber nahm Sternberger nicht teil. Das eine oder andere Mal, wenn er zu konkreten politischen Fragen Stellung nahm – in den mir vorliegenden Quellen geht es zum Beispiel einmal um eine Glosse über Franz Josef Strauß – geschah das sozusagen ohne Kenntnis der Diskussionen in der Redaktion. Man muss das ganz konkret sehen: eine Zeitung, eine Tageszeitung allzumal, ist ein immer neu zu komponierendes und zu improvisierendes Gesamtkunstwerk. Als Außenstehender, und sei es denn auch als fester freier Mitarbeiter oder als Berater, ist man nicht Teil dieser Komposition oder Improvisation. Außerdem gilt Niklas Luhmanns Satz von der „Vordringlichkeit des Befristeten“: Ein Kommentar wird eben am Tag des Ereignisses beschlossen, und wer zwei Tage später mit einer Glosse oder einem Leitartikel kommt, kommt nicht nur zu spät, er hat auch die Meinungsbildung in der Redaktion nicht

mitbekommen, geschweige denn mitbestimmt – anders gesagt: er kann redaktionell „daneben liegen“.

Trotz solcher Komplikationen im Verhältnis zu den Herausgebern überlegte Sternberger im Jahr 1969 offensichtlich ernsthaft, ob er sich nicht an der Universität Heidelberg vorzeitig emeritieren lassen sollte. Es gab Gespräche darüber, ob die *F.A.Z.* Sternberger die daraus entstehenden finanziellen Verluste ersetzen, darüber hinaus, ob sie nicht Sternbergers Sekretärin Elli Grau übernehmen könne. Geschäftsführung und Herausgeber zeigten sich zurückhaltend und beschieden Sternberger, es könne keinesfalls daran gedacht werden, seine finanziellen Einbußen durch die vorzeitige Emeritierung zu kompensieren, und es werde auch nicht erwogen, eine Sekretärin einzustellen, die womöglich rentenrechtliche Ansprüche aus ihrem Arbeitsverhältnis im öffentlichen Dienst geltend mache.

Sternberger hat in den späteren Jahren, die ich selbst erlebt habe, im politischen Teil der Zeitung aus solchen und anderen Gründen (auch persönliche Abneigungen spielten eine Rolle) nur wenig geschrieben: ein, zwei, bestenfalls drei Leitartikel pro Jahr, meist zu so genannten „überzeitlichen“ Themen, die die aktuelle politische Kommentierung nicht oder kaum tangierten. Enger war, wie er selbst es sah, damals sein Verhältnis zum Feuilleton geworden, das ihn unter dem Herausgeber Joachim Fest und dem Literaturchef Marcel Reich-Ranicki öfter um Beiträge bat. Doch auch die Beziehung zum Feuilleton wurde, spätestens seit dem so genannten Historikerstreit, gestört: Sternberger konnte nicht nachvollziehen, dass in seiner „Frankfurter Zeitung“ – so nannte er die *F.A.Z.* zeitlebens – ein Beitrag des Historikers Ernst Nolte erschienen war, in dem Hitlers Vernichtungspolitik als eine gewissermaßen logische Reaktion auf die Vernichtungspolitik der Bolschewiken bezeichnet wurde. Auf den Großen Konferenzen ergaben sich über dieses Thema – und einige andere – Diskussionen, die bis zum offenen Streit führten.

Die letzten zwei oder drei seiner Lebensjahre habe ich Sternberger kaum noch auf der Großen Konferenz gesehen. Soweit er die Redaktion besuchte – und unter den Personen, mit denen er Kontakt hielt, war auch ich – fiel auf, dass sich sein Interesse der internationalen Politik zuwandte. Sie erinnern sich vielleicht: Es war die Zeit der großen Abrüstungsgespräche zwischen Reagan und Gorbatschow und das Thema Frieden, das für ihn im innen- und verfassungspolitischen Kontext schon

früh zentraler Gegenstand der Politikwissenschaft war, bewegte ihn nun zunehmend auch in der Außenpolitik. Aus dieser Beschäftigung, die unideologisch war und deshalb auch – erstaunlich für den sonst so meinungsfreudigen Dolf Sternberger – nicht zu einem Urteil führte, wer in der Abrüstungsfrage nun im Recht sei und wer im Unrecht, sondern gewissermaßen auf der „Meta-Ebene“ blieb, sind dann später auch einige Veröffentlichungen entstanden. So behandelte der letzte Leitartikel, den Sternberger unter dem Titel „Rinks und Lechts“ für die *F.A.Z.* schrieb, genau dieses Thema – dazu gleich noch Weiteres.

III.

Bei dem mir gestellten Thema „Sternberger als Journalist“ im engeren Sinn, beschränke ich mich auf die Zeit, die ich erlebt habe und darum überblicken kann – Vollständigkeit könnte hier nur eine Magister- oder Doktorarbeit erreichen.

Versucht man die Artikel einzuordnen, die Sternberger seit Anfang der siebziger Jahre geschrieben hat, so versteht man, warum die Beziehungen zu der Zeitung, ihren Herausgebern und ihrer Geschäftsführung, in gewisser Hinsicht für beide Seiten unbefriedigend waren. Da gibt es lange geistesgeschichtliche Abhandlungen, die wie gesagt, oft auf Vorträge und Reden zurückgehen; viele davon sind später als Aufsätze erschienen, in Zeitschriften, Denkschriften oder Akademieverhandlungen, sie sind heute in den gesammelten Schriften nachzulesen. Zu den längeren Stücken gehören verfassungspolitische Abhandlungen – Verfassung dabei natürlich in Sternbergers Sinn als „lebende“ begriffen, nicht als juristisch auszulegender Text. Auch das waren oft Vorstudien für Aufsätze oder gekürzte Fassungen von Vorträgen, wie etwa der unter dem Titel „Was ist eine Demokratie wirklich?“ auf der Sonderseite „Die Gegenwart“ am 10. Februar 1984 erschienene Beitrag, der damals schon den journalistischen Untertitel trug „In der politischen Wirklichkeit geht nicht alle Staatsgewalt vom Volke aus“. Solche Stücke ließen sich in großer Zahl aufführen.

Daneben gibt es Feuilletons im besten Sinne: mehr oder minder kurze, manchmal wie hingeworfen wirkende Beobachtungen über Personen, Landschaften, Texte, historische Ereignisse; auch nicht wenige Buchbesprechungen und einige Gedichtinterpretationen. Dazwischen Leitartikel in über die Zeit abnehmender Zahl. Sie behandeln entweder grundsätz-

liche Fragen: ich erinnere an den berühmten Leitartikel über „Verfassungspatriotismus“ vom 23. Mai 1979, ich denke an einen anderen vom 25. August 1975 über Wahl, Amtsfrist und Mehrheitsentscheidung als Kern jeder Satzung oder Verfassung. Oder sie heben an bevorstehenden Ereignissen oder solchen, die kurz zurückliegen, grundsätzliche Aspekte hervor. Nach dem Europa-Referendum in Großbritannien etwa erscheint am 14. Juni 1975 ein Leitartikel Sternbergers, der beklagt, dass da Taktik über Prinzipien gesiegt habe, die Labour-Partei über den Staat, weil das „ehrwürdige Muster des repräsentativen Systems zerbrochen, hingeworfen worden“ sei – und dies im Mutterland des Parlamentarismus. Aus dem Jahr 1979 stammt ein Leitartikel Sternbergers mit dem Titel „Die Parteien dienen dem Staat“, der kurz vor einem Parteitag der SPD erschien, mit dem Kernsatz, dass „ein Parteitag gewissermaßen die Privatangelegenheit einer hohen gesellschaftlichen Vereinigung“ sei.

Es geht Sternberger also stets um das Grundsätzliche im Tagespolitischen, und das lässt sich in der letzten in der *F.A.Z.* erschienenen politischen Kurzglosse, am 24. September 1987, die ich in Gänze vorlesen will, geradezu idealtypisch zeigen:

Der Stolz der Fische

d.st. „Da streiten sich die Wahl-Fänger der Unionsparteien herum, welche „Strategie“ die rechte sei und ob gewisse „strategische“ Neuerungen die Schuld an den schweren Verlusten im Norden trügen. Man hatte allerlei zeitgerechte Köder ausgelegt, den chilenischen Menschenrechtsköder, den Raketenabrüstungsköder und auch ein bisschen den Honecker-Anerkennungsköder, und Strauß meint, es blieben die rechten Fische weg, wenn man derart die linken locke. Alle diskutieren nun die Frage, welchen Tendenzen und Stimmungen man nachlaufen solle. Niemand scheint auf die Idee zu kommen, daß diese ganze Strategie-Diskussion als solche die Wähler in ihrer Würde kränkt und daß sie sich womöglich ebendeswegen davon machen. Es könnte sehr wohl sein, daß diese Fische, ob rechte oder linke, sich einfach darüber ärgern, daß man sie fangen will. Sie merkten die Absicht, und so waren sie verstimmt (der Satz ist nicht von Wilhelm Busch, sondern von Goethe.) Und es gehören nicht einmal besonders feine Organe dazu, die Absicht zu merken, sie wird ja in aller Öffentlichkeit schamlos erörtert. Da schwimmen die Fische davon. Es sind doch recht selbständige Fische, und sie haben ihren Stolz.“

Das sind alle Elemente des Grundsätzlichen, aufgehängt an einem Wahltag, vertreten, inklusive des gebildeten Hinweises auf die richtige Quelle einer Redewendung – ein typischer Sternberger.

Der letzte Artikel, den Dolf Sternberger zu seinen Lebzeiten in der *F.A.Z.* veröffentlicht hat (am 7. Juli 1988 in der Beilage „Bilder und Zeiten“) trug den Titel: „Was ist ein politischer Klassiker?“. Das war eine Rede, gehalten in Wolfenbüttel, und sie kombinierte die Essenz seines großen Werkes über die *Drei Wurzeln der Politik* mit dem Thema, das ihn in seinen letzten Lebensjahren beschäftigt hat, nämlich die internationale Politik: „Jetzt wird – gemäß dem aristotelischen Modell – die Weltpolitik darzustellen, die harte Arbeit am Weltfrieden zu erörtern sein, am Weltfrieden, der nicht ferner von uns liegt als der so viel berufene Weltuntergang.“ So wie Aristoteles die Theorie der Politik als „Staatspolitik“ dargestellt habe, hofft Sternberger, werde ein politischer Klassiker der Zukunft, ein „kosmopolitischer“ Klassiker, wie er ihn vorgreifend nennt, die Theorie der Politik als Weltpolitik darzustellen haben.

Wie schon erwähnt, ist auch sein letzter in der *F.A.Z.* erschienener Leitartikel, am 30. Mai 1987, diesem Thema gewidmet. „Links und Rechts“ ist er überschrieben, nach einem Gedicht von Paul Jandl, und er handelt von Abrüstungsfragen, allerdings weniger der Sache nach, sondern unter dem Gesichtspunkt, dass, phänomenologisch gesehen, die „Partei des Friedens“ und die „Partei des Krieges“ sich nicht mehr unbedingt dem traditionellen Links-rechts-Schema zuordnen ließen. Es handelt sich also eher um eine Beschreibung verwirrender politischer Richtungsverschiebungen unter den Bedingungen atomarer Rüstung als um eine Antwort auf die damals sachlich gestellten Fragen.

Wenn man Sternbergers politische Artikel in der *F.A.Z.* einzuordnen versucht, erkennt man unschwer, dass sie die journalistische Verlängerung seines wissenschaftlich-publizistischen Engagements sind, also das Bemühen, seine Grundüberzeugungen vom Wesen einer „guten Verfassung“ einer möglichst breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. Das ist nicht erstaunlich, denn Sternberger hat die Politikwissenschaft – in seiner Diktion: die Politische Wissenschaft – stets als eine Disziplin begriffen, die zu praktischen Erkenntnissen kommen wolle und solle, zu Urteilen über den Wert oder Unwert politischer Erscheinungen und Entwicklungen. Und „praktische Wissenschaft“ in diesem Sinne heißt natürlich: eine Wissenschaft, welche die Bürger über ihr Gemeinwesen aufklärt, sie

instand setzt, richtig zu handeln, was vor allem bedeutet: richtig zu wählen. Denn auf den einzelnen Bürger kommt es für Sternberger in der *res publica* an. Seine Haltung zu den politischen Parteien, zu deren Erforschung er und seine Schüler im Heidelberg der fünfziger und sechziger Jahre soviel beigetragen haben, war stets von Zurückhaltung geprägt: Sternberger war ein Staatsfreund und ein geradezu glühender Bürger, in jenem emphatischen Sinn, den er in einem berühmten Aufsatz besungen hat, aber er war und blieb ein Parteienskeptiker. Man könnte seine politische Grundüberzeugung, aus der sein Bild von der modernen Polis, dem Staat, abgeleitet war, als „altliberal“ bezeichnen – mit allen Vorbehalten, die solche Etiketten natürlich immer verdienen.

Vielleicht ist Sternberger in der *F.A.Z.* journalistisch auch deshalb nicht richtig „angekommen“, weil sich die Bundesrepublik in den annähernd 40 Jahren, die er sie wissenschaftlich, publizistisch und journalistisch begleitet hat, von diesem altliberalen Ideal doch immer weiter entfernt hat. Der prägende Verfassungsrichter der frühen Jahre, Gerhard Leibholz, mit dem Sternberger in eine wissenschaftliche Fehde wegen dessen Theorie von der unausweichlichen Entwicklung zum „Parteienstaat“ in der „Massendemokratie“ verwickelt war – eine These, die an Max Webers Erkenntnisse anknüpfte –, hat, was die Prognose angeht, den Sieg davon getragen. Und so hat Sternberger die Bundesrepublik in den siebziger und achtziger Jahren gewissermaßen ähnlich betrachtet, wie Hannah Arendt die antike Polis: so wie er seiner geistigen Weggefährtin und Lebensbegleiterin vorwarf, sie verkläre die griechischen Stadtstaaten und messe die modernen Demokratien an deren direktdemokratischen – moderner gesagt: kommunitaristischen – Maßstäben, so liegt Sternbergers Kritik an Entwicklungen in der Bundesrepublik ein verklärtes Ideal altliberaler, genauer: klassisch-repräsentativer Regierungssysteme zugrunde. Seine Kritik ist immer erhellend und wird ja durch spätere Vorwürfe gegen die „Machtversessenheit“ der Parteien, wie sie etwa Alt-Bundespräsident von Weizsäcker erhoben hat, durchaus bestätigt. Aber sie wirkt manchmal doch ein wenig anachronistisch.

Sternberger hat, soweit ich sehe, die Frage der „Professionalisierung“ der Politik und ihres Personals nie systematisch erörtert, obwohl er doch den – wie gesagt worden ist – ersten „Berufspolitiker“ der Republik, nämlich Helmut Kohl, gut gekannt hat. Von diesem kann ich ein Wort über Dolf Sternberger kolportieren: „Ein bedeutender und bemerkenswerter Mann, aber von Politik hatte er keine Ahnung.“ Man kann es auch anders sagen: Von Parteipolitik wollte Sternberger wohl in der Tat keine Ahnung haben.

IV.

Übrigens, und damit komme ich zum Schluss, hat sich Sternberger einmal auch explizit über Beruf und Berufung des/der Journalisten geäußert, und zwar in einem Vortrag beim deutschen Journalistentag in Hamburg am 9. April 1964 (in dem Band XI der Schriften mit dem Titel *Sprache und Politik*), der den Titel „Die Journalisten im Staatsleben“ trug.

Dort findet sich ganz zu Anfang ein Satz, der *in nuce* den Staatsfreund und Journalisten Sternberger, oder den Journalisten Sternberger als Staatsfreund enthält: Journalisten, heißt es da, stünden „dem Staat nicht gegenüber. Sie bewegen sich mitten darin.“ Und kurz darauf noch einmal ausführlicher: „Die Journalisten sind weder die Feinde noch aber auch die Mitarbeiter der Regierungen oder sonstiger Führungsorgane. Sie sind ihre Partner. Und diese Partnerschaft ist ein unentbehrliches Element des Staatslebens.“ Ich weiß nicht, ob alle heute tätigen Journalisten solche Sätze unterschreiben würden. Sicher bin ich mir, dass Sternberger Selbstbezeichnungen wie „Sturmgeschütz der Demokratie“ (so vom *Spiegel* seit Augsteins Zeiten für sich in Anspruch genommen) missbilligen würde. Und ich bin mir auch relativ sicher, dass er die verbreitete Selbsteinschätzung der Presse als „Vierte Gewalt“ nicht teilen würde: was die Gewalten im Staat seien und wer sie ausüben solle, hätte er wohl eingewandt, das sei in der Verfassung geregelt. Und dort ist nur von der Freiheit der Presse und der Meinungen die Rede; von irgendeiner Art von Gegengewalt oder gar Übergewalt dagegen ist dort nichts zu finden. Zwar verwendet auch Sternberger einen militärischen Begriff, um die Funktion der freien Presse zu kennzeichnen, aber er „zivilisiert“ – in dem Sinn, der sich vom *civis*, vom Bürger, herleitet – die etwas martialische Diktion gleich wieder im Nebensatz: „Die Journalisten stellen gleichsam den Vortrupp der allgemeinen Bürgerschaft dar, insofern sie an der ‚öffentlichen Sache‘, an der *res publica* teilhat.“

Interessant ist, dass Sternberger als Hauptaufgabe des Journalisten eine Tätigkeit definiert, die er selbst, wenigstens in den späten Jahren in der *F.A.Z.*, nicht wahrgenommen hat: Das Herausfinden und Verbreiten von Information, also das Anfertigen von Nachrichten, er nannte das „öffentliche Unterrichtung“: „Die öffentliche Unterrichtung und die öffentliche Diskussion – das sind die fundamentalen Beiträge der Journalisten zum Staatsleben.“ Die öffentliche Diskussion hat Sternberger mit seinen Beiträgen in der *F.A.Z.*, mit vielen Vorträgen und Reden – jahrelang etwa im Hessischen Rundfunk – in der Tat bereichert und vorangetrieben.

Denn auch als Wissenschaftler hat er sich von einem Impetus leiten lassen, den er für konstitutiv für jeden Journalisten ansah: „Wer nicht mit frischem Sinn in die Welt blickt, wer zu hochnäsiger, zu abgebrüht oder zu stumpf ist, sich täglich von neuem überraschen zu lassen, sich erregen zu lassen, der taugt nicht zu diesem Geschäft.“ Zumindest darin, denke ich, sind sich alle meine Kollegen mit Dolf Sternberger einig.

DOLF STERNBERGER UND DIE SPRACHE

William J. Dodd

Mein Vortrag heute gilt insbesondere dem Sprachkritiker, der im Jahre 1945 das *Wörterbuch des Unmenschen* initiiert und – das ist jetzt keine Übertreibung – auch dirigiert hat.¹ Ich möchte Ihnen gleich am Anfang einen Satz Sternbergers zitieren:

„Wer will vorweg sagen, wieviel neue Gestalten dieselben Geister inzwischen angenommen haben, die, noch unbekannt, darum nur noch mächtiger unter uns gehen?“

Dieser Satz könnte sehr wohl dem *Wörterbuch des Unmenschen* entstammen, kommt aber in einem Aufsatz vor, den Sternberger 1934 in der *Neuen Rundschau* veröffentlichte: „Jugendstil – Begriff und Physiognomik“.² Dieser Aufsatz über – eigentlich eher gegen – den Jugendstil soll uns daran erinnern, dass in den 1930er Jahren der junge Sternberger ein vielseitiger Kulturkritiker und Kulturphilosoph war, für den Kultur selbstverständlich ein Politikum war. Sein „ästhetisierender Diskurs“ aus dieser Zeit, ist, mit Manfred Gawlina zu sprechen, als „kulturtopologische Kodierung eines übergreifenden humanistischen Denkens“ zu begreifen, die „unter den damaligen Bedingungen der öffentlichen Suspension des Politischen und Rechtlichen durchaus politisch, ja [...] sogar ethisch gelesen werden“ musste.³ Zu Sternber-

gers Bedenken gegen das Erbe des Jugendstils im Jahre 1934 gehört unter anderem die „Verzauberung“ des Menschen durch die Jugendstil-Ästhetik, der „süße Bann“, der auch ein „Abgleiten des Menschen ins bewußtlose oder unbewußte, der Sprache beraubte bloße Leben“ bedeutete, „das ihn an eine Stelle fesselt und so der Pflanze ähnlich macht“. Was das bedeuten würde, der Sprache beraubt zu werden, begreift man, indem man das Wort Aristoteles' heranzieht, das Sternberger immer wieder bekräftigte: Der Mensch ist zugleich ein politisches Wesen und ein Wesen, das Sprache hat. Für Sternberger war es völlig klar, dass Sprache und Gesellschaft einander voraussetzen, dass Politik ohne Sprache unmöglich ist, und dass Sprache selbst das politische Medium schlechthin ist.

Sternbergers Werdegang als Sprachkritiker ist für die Geschichte der politischen Sprachkritik im zwanzigsten Jahrhundert von hohem Interesse, wobei dieser Werdegang auch wegen seiner Zeittypik interessiert. Sternberger gehört, wie Storz und Süskind, dem Strang der nach 1933 publizierenden inneren Emigranten an, der zu unterscheiden ist von den Exilanten (wie Brecht) und den nicht publizierenden inneren Emigranten (wie Klemperer). Es gibt natürlich Berührungspunkte und Vergleiche zwischen diesen drei grundverschiedenen Diskursgemeinschaften, auf die ich hier – aus Zeitgründen – leider nicht eingehen kann. Nach der Machtübernahme gehen sie auseinander, was zu dem wohl tiefsten Einschnitt in der Diskursgeschichte des Deutschen im zwanzigsten Jahrhundert führt.

Sein erster sprachkritischer Auftritt ist in den letzten Monaten der Weimarer Republik. In der republikfreundlichen, von Joseph Wirth noch herausgegebenen Zeitschrift *Deutsche Republik* erscheint im Juli 1932 ein „Wörterbuch der Regierung von Papen in Auszügen“, das dem Geist des Widerspruchs entspringt und von ausgeschnittenen Zeitungstexten ausgeht, an denen Sternberger sehr gezielt bestimmte Vokabeln und Phraseologien der Regierenden unterstreicht – das kann man im Nachlass sehen – und feststellt: „Das ist die Sprache des Faschismus!“. Im Nachlass ist auch ein nicht veröffentlichter Nachfolgebeitrag vom Herbst 1932 mit Zeitungsvorlagen, in dem auch Schleicher und Hitler angegriffen werden. Um diese Zeit ist Sternbergers Beziehung zu seinem Lehrer Jaspers seit zwei Jahren abgekühlt, er hat „sozialistische Freunde“ in Frankfurt, Adorno berät mit ihm seine gegen Heidegger geschriebene Doktorarbeit (die er, Adorno, später als „vorzüglich“ begutachtet), wirbt

Sternberger als seinen Stellvertreter für die philosophischen Rezensionen in der *Zeitschrift für Sozialforschung*. Vor diesem Hintergrund dürfte es nicht überraschen, dass diese beiden „Wörterbücher“ aus dem Jahr 1932 mit einer ausgesprochen sozialistischen, gelegentlich vulgärmarxistischen Begrifflichkeit arbeiten.

Das *Wörterbuch des Unmenschen* ist allerdings aus einem ganz anderen Geist. Wenn ich einen Einfluss nennen müsste, würde ich sagen: aus einem Jasper'schen. Vor allem an der Distanz zwischen den Wörterbüchern von 1932 und 1945 ist Sternbergers Werdegang zu messen. Nicht nur, dass das erste als explizite, aber zu späte Warnung vor dem Faschismus, das zweite als Beitrag zur sprachlichen Entnazifizierung gemeint ist. Sie sind auch in ihrer Methode und ihren Zielscheiben grundverschieden. Zwischen ihnen liegen prägende Stationen seiner intellektuellen und affektiven Entwicklung: die Jahre der publizierenden inneren Emigration und der Mitarbeit an der Frankfurter Zeitung, sein intellektueller und affektiver „Gang“ – fast wörtlich – zwischen den beiden großen Vertretern der Existenzphilosophie, Heidegger und Jaspers, der Zwist mit und, während der Diktatur, die Entscheidung für Jaspers, die auch eine Entscheidung gegen die „übermenschliche“ Ontologie Heideggers und den Marxismus des Frankfurter Kreises ist.

Sternbergers Entwicklung nach 1933 zeigt, wie während dieser Jahre die Grundzüge eines sprachkritischen Programms entstehen, das von den Erfahrungen und Zwängen der publizierenden inneren Emigration geprägt wird, also von der Entscheidung, in der Öffentlichkeit einen an Sprache orientierten Konterdiskurs aufrechtzuerhalten. Dies zwar zunehmend „zwischen den Zeilen“, aber nicht ohne gewagte Versuche, in kodierter Sprache Dinge und Personen (auch Hitler) noch, wie in der Weimarer Zeit, „beim Namen zu nennen“. Die Einladung zur Kontrafaktur, zum „Variieren“, wird fortgesetzt, der sozialistisch-marxistische Ansatz von 1932 weicht einem mehr bürgerlichen, aufklärerisch-humanistischen, in dem die Aufgabe des einzelnen als ethische Angelegenheit in den Vordergrund tritt – die Verantwortung, die jeder Mensch bei seinem Umgang mit Sprache trägt, auch als Rezipient. Generell ist im „Dritten Reich“ ein Wandel in Sternbergers Praxis festzustellen, die von einer Sprachverwendungskritik über eine Sprachverkehrskritik zu einer allgemeinen Sprachbrauchkritik führt. Mit anderen Worten: Die im „Wörterbuch von Papen“ praktizierte Kritik an konkreten Ausdrücken mit Namen genannter Sprecher weicht einer Kritik des allgemeinen öffentlichen Sprachgebrauchs,

wobei namentlich ausgemachte Sprecher kaum noch figurieren. Als Zwischenstation dürfte eine Glosse wie „Kuriose Heilswege“ (1936) gelten, in dem das Verb „durchführen“ als Vokabel der nationalsozialistischen Staatsführung durch Verordnung festgehalten wird. Konkret ist dort von dem „in jüngster Zeit üblich gewordenen Wunsche“ die Rede, „die nationalsozialistische Staatsführung möchte im Verordnungswege das jeweilige Heilsprogramm oder Erneuerungssystem kurzerhand ‚durchführen‘“. Sternbergers Kommentar dazu kritisiert diese Regierungsweise durch eine Reihe negativer Attribute („kurzerhand, kurios, krumm, dunkel, eigenwillig“) als „bedenklich“. Insofern besteht der Impuls des „Wörterbuchs von Papen“ weiter, auf die Sprache des Faschismus ablehnend aufmerksam zu machen. Der Aufsatz soll aber auch sehr wahrscheinlich indirekt die Funktion einer kommentierenden Berichterstattung über so Verordnetes erfüllen: Vielen Lesern dürfte die Metapher von „kuriosen Heilswegen“ ganz konkret das 1936 begonnene Sterilisierungsprogramm des Regimes heraufbeschworen haben, das dann gleichzeitig in diesem ablehnenden Kommentar mitgeteilt und kommentiert wäre. In seinen späteren Aussagen zum Gebrauch von „durchführen“ kommt der explizite Hinweis auf Sprache der Regierenden nicht mehr vor, dafür scheint eher die Ausdehnung seiner Kollokationsfähigkeit in anscheinend unpolitischen Kontexten der Anlass des Kommentars zu sein.

Schon 1936 aber, im „Vademecum zum Gebrauch von Sprichwörtern“, ist die Tendenz sichtbar, den Sprachgebrauch von Nichtnazis auf seine Resistenz hin skeptisch zu prüfen und dabei weniger auffallende Beispiele aus der Mitte des Spektrums zu nehmen. Es gehe ihm um die „stillen Veränderungen“ im Sprachgebrauch, heißt es dort, eher als die „stürmischen“, die „ja viel schwerer ans Licht zu bringen“ seien. „Die Sprache“ wird metonymisch zur Folie für das deutsche politische Leben insgesamt, die Mitlesenden werden aufgefordert, den eigenen Sprachgebrauch gewissenhaft zu kontrollieren und das noch Mögliche an geistigem Widerstand zu leisten. Von ihnen werden „Sorgfalt“ und „Mut“ im Umgang mit der Sprache verlangt. Bestimmte Hochwertwörter des Humanismus, wie „Treue“ und „Charakter“ werden gegen ihre Werte im herrschenden, völkischen Diskurs behauptet. Zu diesen Versuchen einer sprachlichen Aufklärung gesellt sich oft, wie schon gesagt, eine mutige und listige Berichterstattung von indiskutablen Sachverhalten, die über eine Besprechung ihrer sprachlichen Benennung bzw. Nichtbenennung für die mitleidende Öffentlichkeit „zwischen den Zeilen“ zurück gewonnen werden. Dieser „verdeckte“ Metadiskurs ist zunehmend gekennzeichnet durch

eine Sorge um die Verführungsmacht des herrschenden Diskurses. Vor allem in „Über die Nachahmung“ (1942) ist die sprachkritische Reflexion des inneren Emigranten Sternberger – hier stellvertretend für seinesgleichen – im Spannungsfeld zwischen Angriff auf den Gegner und kritischer Erwägung eines Selbstverschuldetseins zu sehen, das schließlich auch in den „stillen Veränderungen“ im Sprachgebrauch, auch im eigenen, eine noch größere Verführungsmacht der Sprache ortet. (Dieser Aufsatz, „Über die Nachahmung“, ist, unter anderem, eine Reflexion über das Frakturverbot durch Führererlass von 1941, das auch die Antiqua zur „Normalschrift“ erklärte.)

Die Wurzeln des *Wörterbuch des Unmenschen* sind in diesen Aufsätzen klar zu erkennen. Die grundsätzliche Formulierung in der Vorbemerkung von 1945, dass jedes Wort die Welt und uns SprecherInnen ändert, begegnet sogar im Januar 1940 in Sternbergers Angriff auf den heute wenig bekannten Sprachpfleger F. M. Reifferscheidt, der vermutlich als Platzhalter für eine – für Sternberger – protofaschistische, Heideggersche Sicht von Sprache steht. Dort auch ist die Berechtigung der Sprachkritik zu finden, dass die Sprache selbst „das Signum unsrer Freiheit“ ist, die wir mit jedem Sprechakt zu gewinnen und zu bewahren haben, „denn redend sind wir immer daran, uns zu befreien“. Das *Wörterbuch des Unmenschen* ist seinem Wesen nach als eine Fortschreibung dieses durch „innere Emigration“ geschulten sprachkritischen Habitus zu sehen, die durch die fortbestehende Sorge des Sprachkritikers um unscheinbare Reste dieser Gewaltsprache im unbedachten „Nachplappern“ oder in der zynischen Weiterverwendung während der ersten Nachkriegszeit angetrieben wird. Dabei spielen, wie allgemein in der *Wandlung*, Leitwörter von Aufklärung und Moralphilosophie eine zentrale Rolle.⁴ Aus der Tugendlehre werden vor allem die Prahlerie und der „unredliche Wichtigtu-er“, der sich durch „Nachplappern“ Prestige verschaffen will, zur Zielscheibe dieser Sprachkritik.

Unter Sternbergers Regie richtet sich das *Wörterbuch des Unmenschen* gegen den öffentlichen Sprachgebrauch dieser ersten Nachkriegsmonate, der noch von solchen Wortgebräuchen wie „Betreuung“ „wimmelt“. Es geht darum, schreibt er an Storz, „Rede und Schrift von der erstickenden Last jener Terminologie“, von einer „obsoleten NS-Diktion“, zu „befreien“. Und hier heißt es auch, das ist einer der wenigen Hinweise überhaupt auf sprachkritische Vorgänger: „Wir müssen die Kraus'sche *Fackel* von neuem anzünden“. Denn der Versuch, durch Sprache die illegitime Macht und

Gewalt zu verschleiern bzw. suggestiv zu legitimieren, könne nie gelingen, da die Sprache selbst „entlarvt“ und „verrät“.

Der Fokus auf die „politische Seite“ des Wortgebrauchs ist eindeutig durch sprachbiographische Indizierungen der Triumvirn gesteuert, über die einigermaßen (aber nicht immer) Einhelligkeit besteht. Die einzelnen Glossen entstehen unter den manchmal hektischen Zwängen der Zeitschriftenproduktion. Dabei sind in einigen Punkten – auch was die zentrale Figur des Unmenschen angeht – kleinere Unsicherheiten nicht zu übersehen. Aus der Korrespondenz und vor allem in den redaktionellen Anmerkungen wird klar, dass es Sternberger um eine gezielt provokante Thematisierung und Problematisierung des sprachlichen Verhaltens geht, er scheut es nicht, auch „in den eigenen Reihen“ öffentliche Unruhe zu stiften. Im vierten Heft stellt er fest: „Wie wenig die Aufgabe abgetan ist, die sich das *Wörterbuch des Unmenschen* gestellt hat, erfährt man täglich, auch aus den Zeitungen“. Als ein „frisches Beispiel dafür“ wird aus einem Aufruf der Heidelberger Kreisstelle des Roten Kreuzes zitiert, der um Hilfe für die Flüchtlinge aus dem Osten wirbt: „Das Rote Kreuz führt deren Betreuung durch [...] Wieder ist eine Stunde wirklicher Einsatz- und Opfermöglichkeit nun auch für Euch gekommen!“. Dies erntet böse Beschwerdebriefe, auf die Sternberger antwortet, diese Sprachkritik sei für ihn „kein unverbindliches Spiel“, weil „das, was da steht, auf die Dauer mehr wiegt als das, was gemeint ist“.

Bei der erneuten Fortschreibung in die Jahre der Adenauerschen Bundesrepublik hinein wird der NS-Bezug zwar beibehalten, aber auf problematische Weise „gelockert“. Indem neue Beispielsätze und -texte herangezogen werden, entsteht Ungewissheit in der Frage, wie und inwieweit ein linearer Zusammenhang zwischen Bundesrepublik und „Drittem Reich“ intendiert ist. Die fortgesetzte Auseinandersetzung mit den Sprachbräuchen dieser Zeit wird durch neue Glossen und nuanciert revidierte Fassungen von den ursprünglichen Glossen geleistet. Dabei fällt die anhaltende Kraft von sprachbiographischen Indizierungen aus dem „Dritten Reich“ auf, die die Wahl der kritisierten Ausdrücke und der erläuternden Kollokationen und Beispielsätze steuern – am zähesten wohl bei „betreuen“, das wie ein Verrat des *Treue*-Begriffs schien, den er von Jaspers erbe.

Diese Fortschreibung in den Buchausgaben ergibt eine hybride Analyse, die zwischen einer Kritik der faschistischen Sprache und einer Kritik der

„unmenschlichen“ Sprache der Verbände in einer bürgerlichen Gesellschaft zu schweben scheint. Dieses Problem liegt sicherlich auch dem Sprachstreit der 1960er Jahre zu Grunde und wird von Sternberger schließlich 1967 angesprochen, indem er das „Missverständnis“ ausräumen will, den Wörterbuch des Unmenschen-Autoren sei es ausschließlich um das „Dritte Reich“ gegangen. Damit wird aber der Schritt von einer zeitgebundenen Kritik des sprachlichen Erbes des Nationalsozialismus in den ersten Nachkriegsjahren zu einer fortschreitenden Kritik des öffentlichen Sprachgebrauchs der frühen Bundesrepublik nicht geklärt, da der Zusammenhang zwischen diesen beiden Epochen, zwischen Nazi und „Unmensch“, bzw. „Unmenschlichem“, bzw. „Unmenschlichkeit“, nicht expliziert wird. Gerade als Aufklärung über eine faschistische Sprache und ihr Erbe leuchtet das *Wörterbuch des Unmenschen* in den 1960er Jahren einer jungen Generation von Sprachgermanisten *nicht* ein. Es kommt zum berühmten „Sprachstreit“ mit den Sprachwissenschaftlern Werner Betz, Herbert Kolb, und Peter von Polenz, in dem Sternberger seine Sicht von Sprache zäh verteidigt und die strukturalistische Sprachwissenschaft nach Saussure als „unmenschlich“ angreift, weil sie in ihrer Vorstellung vom Sprachsystem (*langue*) den sprechenden Menschen ausklammert. Es ist als besonderes Verdienst Sternbergers zu sehen, dass er in der zweiten Buchausgabe, nach Beratung mit seinen Gegnern, beide Seiten dieses Streits zu Wort kommen ließ in einem „sprachkritischen Anhang“. Als Unruhestifter trägt er dazu bei, dass einige dieser Sprachwissenschaftler (an erster Stelle von Polenz) ihre „gesellschaftsferne“ Disziplin kritisch überprüfen und sich um eine wissenschaftlich fundierte Sprachkritik bemühen, die jetzt in Deutschland weit gediehen ist.

Immerhin wurde Sternberger infolge dieses Sprachstreits in der sprachwissenschaftlichen Literatur lange Zeit als Sprachkritikaster dargestellt, die unwissenschaftliche Basis des „Wörterbuchs“ mit Bewertungen wie „publizistisch, emotional, moralisierend, apodiktisch“ hervorgehoben. Die Stellung Sternbergers in der Geschichte der politischen Sprachkritik des zwanzigsten Jahrhunderts mit der Wustmanns zu vergleichen, wie das von Polenz in seiner *Sprachgeschichte* tut, ergibt jedoch ein partielles, der damaligen formalistischen Sprachwissenschaft dienliches Bild, auch wenn dieser Vergleich eine gewisse Berechtigung hat.

Wustmanns deprimierte Feststellung im Vorwort zur dritten Auflage von *Allerlei Sprachdummheiten* (1903) könnte auf den ersten Blick aus der ersten Buchausgabe vom *Wörterbuch des Unmenschen* stammen:

„Fehler und Geschmacklosigkeiten, auf die ich vor zwölf Jahren als neu auftauchende hingewiesen habe, haben sich inzwischen festgesetzt und werden schwerlich zu beseitigen sein.“⁵

Ein grobes Missverhältnis zwischen publizistischem Erfolg und ausbleibender Wirksamkeit der Kritik, ein Merkmal populär-unterhaltender Laienlinguistik, ist auch im Falle des *Wörterbuch des Unmenschen* in den 1950er und 1960er Jahren festzustellen. Vor allem im Angriff auf das „Modewort“ insgesamt und im verallgemeinernden Diskurs über den sich verbreitenden „Sprachverderb“ lässt sich Sternberger nach 1945 einreihen in eine von Wustmann vertretene Tradition vergeblicher konservativer Sprachkritik.⁶ So lassen sich einige seiner Sprachglossen nach 1945 charakterisieren.⁷ Nicht immer verschließt sich sein metasprachlicher Diskurs der Rhetorik vom Sprachverfall, zu dem sich die Rhetorik von „Sprachdummheiten“, „Sprachsünden“ und „Sprachkrankheiten“ gesellt.⁸ Bei Sternberger wiederholt sich tatsächlich die Erfahrung, die immer wieder von populären Sprachkritikern gemacht wird, dass „nicht wenige der Sünden von damals [...] uns heute als durchaus gutes Deutsch“ gelten.⁹

Eine Untersuchung der „Karrieren“ einiger der im *Wörterbuch des Unmenschen* kritisierten Wortgebräuchen seit 1945 ergibt einen ähnlichen Befund und lässt das *Wörterbuch des Unmenschen* gewissermaßen als eine Art „Donquichotterie [...] gegen die Windmühlenflügel des Stilwandels“¹⁰ erscheinen. Am eindeutigsten wohl, wie Sternberger selbst zugeben musste, bei „betreuen/ Betreuung“. Heute wird der Gebrauch von „akkusativierenden“ Verben auf be- kaum als Gefahr oder als Herabsetzung des Bezeichneten empfunden. Auch bei „charakterlich“ greift die Argumentation im *Wörterbuch des Unmenschen*, gemessen am heutigen Gebrauch, nicht. Es fällt heute wenigen ein, dem Fußballtrainer unmenschliches Verhalten vorzuwerfen, der sich über die technische Veranlagung und die sonstigen „charakterlichen“ Eigenschaften eines Spielers äußert. Dagegen scheint der beanstandete Sinn von „Ausrichtung“ gelegentlich noch ein negatives semantisches Profil aufzuweisen. Man ist „marxistisch ausgerichtet“, wobei üblicherweise über einen anderen wertend geredet wird. Allerdings scheint hier der Gebrauch nicht eindeutig zu sein. Allgemein aber sind mit wenigen Ausnahmen („fanatisch, Propaganda“) bei den 1945 beanstandeten Wortgebräuchen im heutigen Sprachgebrauch solche Spuren der Tabuierung schwer auszumachen. Man vergleiche die Spuren der noch wirksamen Tabuierung beim Ge-

brauch des Worts „Führer“: In Komposita aus dem politischen Bereich sind heute z.B. „Oppositionsführer“ und „Gewerkschaftsführer“ für unproblematisch gehalten, Wörter wie „Gruppenführer“, „Parteiführer“, und „Regierungsführer“ werden aber gemieden (abgesehen vom ironischen Gebrauch, der eben diese Tabuierung bekräftigt). Mit Hilfe von Neologien wie „Chef“, „Leiter“, „Vorsitzender“ werden sprachliche Umwege um das Problem gefunden. Dass solche Befunde für die von Sternberger, Storz und Süskind beanstandeten Wörter kaum vorliegen, erklärt sich wohl daraus, wie schon angedeutet, dass die ursprünglichen Glossen, mit einer in der „inneren Emigration“ erworbenen Hellhörigkeit, gegen „die stillen Veränderungen“ im Sprachgebrauch und deren damals noch schlummernden ideologischen Gehalt gerichtet waren.

Sternberger als Wustmann-Figur darzustellen lenkt aber ab von dem philosophischen und politischen Ernst seines sprachkritischen Unternehmens. Aus diesem Grund wäre ergänzend-korrigierend auf andere Vorläufer zu verweisen, die den Geist der philosophischen und politischen Aufklärung vertreten, wie etwa Carl Gustav Jochmann (1789–1830) oder Joachim Heinrich Campe (1746–1818).

„Öffentlichkeit ist die Stimme der politischen Körper, und eine stumme Gesellschaft in ihrer Art etwas vollkommen so Armseliges, als in der seinigen ein stummer Mensch.“¹¹

Dieses Zitat könnte von Sternberger sein, etwa aus „Die Geburt der Öffentlichkeit“ (1940, S11: 105–108) oder „Ein guter Ausdruck“ (1937). Es stammt aber von Jochmann. Laut Jürgen Schiewe „parallelisiert“ Jochmann „die Sprachfähigkeit des Menschen mit der Verwirklichung von Öffentlichkeit im politischen Leben. Eine wahrhaft freie Gesellschaft benötigt die Sprache auf doppelte Weise: erstens zur Kenntlichmachung ihrer Gegenstände und zweitens zum Austausch *über* eben jene Gegenstände“. Damit wird auch Sternbergers Programm aufs Genaueste beschrieben. Wie Elsbet Orth bemerkt in ihrem sehr lesenswerten Nachwort zum elften Band von Sternbergers Schriften, dem ich mich hier anschließe, ließen sich für ihn Sprache und Politik „nicht voneinander trennen“:

„Keine Wesensbestimmung des Menschen war ihm so wichtig wie die des Aristoteles, an die er unermüdlich erinnerte: Der Mensch ist ein politisches, ein bürgerliches, notwendigerweise gesellig lebendes Wesen und ein Wesen, das Sprache hat. Im Zusammentreffen beider Merkmale

erkannte Sternberger den Ursprung der Verantwortung jedes Bürgers für den Staat und fand zugleich den Weg vorgezeichnet, auf dem staatliche und internationale Ordnung in ständiger Bemühung herzustellen und lebendig zu halten ist." (*Schriften*, Bd. 11, S. 428f.)

1940 hatte Sternberger, wie Orth bemerkt, in „Die Geburt der Öffentlichkeit“,¹² „unverhüllt“ darauf hingewiesen, dass die öffentliche Meinung jetzt gelenkt wurde:

„womit sie eben aufgehört hat, öffentliche Meinung im überlieferten, liberalen Sinne zu sein. Die Mittel der Vervielfältigung sind [...] in einer Hand vereinigt und konzentriert, als Mittel der einen Macht in Dienst genommen worden, und dies ist sogar zu einem wesentlichen Kennzeichen der modernen Herrschaftsform geworden.“ (*Schriften*, Bd. 11, S. 436)

Was hier gerade noch „zwischen den Zeilen“ ausgesagt wurde über die Freiheit der Medien als Voraussetzung der öffentlichen Meinungsbildung, wird von dem Politologen Sternberger nach 1945 mehrmals wiederholt, beispielsweise in dem Vortrag von 1970 über „Die Journalisten im Staatsleben“:

„[...] diese stetige öffentliche Unterrichtung schafft nämlich erst den Bereich der Öffentlichkeit, der selber ein verfassungspolitisches Medium erster Ordnung ist, ohne welches ein freier Staat nicht leben kann, ohne welches eine freie Verfassung gar nicht gedacht werden kann [...]“ (*Schriften*, Bd. 11, S. 176)

Der politische Ernst seiner Sprachkritik lässt sich auch in späten Glossen wie „Der Stolz der Fische“ sehen (1987, *Schriften*, Bd. 11, S. 101), wo die Redeweise bestimmter Politiker kritisiert wird, die wie im Fischfang die Stimmen der Wähler zu ernten trachten. Das Beispiel zeigt, wie für Sternberger Sprachkritik eine Voraussetzung und eine Methode der aktiv teilnehmenden Bürgerlichkeit bleibt und eine Berechtigung des „Sprachverbesserers“ bietet, die schon 1795 von Joachim Heinrich Campe geboten wurde:

„Der Sprachverbesserer thut [...] bloß, was in jedem wohleingerichteten Staate jeder gute Bürger thun darf, und thun soll, d.i. er lenkt auf etwas, das ihm ungehörig zu sein scheint, die öffentliche Aufmerksamkeit, und

überlässt es der gesetzgebenden Macht, das heißt hier, der ganzen Völkerschaft oder doch der Stimmenmehrheit in derselben, ob sie es abstellen will oder nicht.“¹³

Dieses Wort Campes, das auf die Verantwortung des Sprachkritikers als die eines guten Bürgers verweist, verdient neben dem präjuzierenden von der bodenlosen Besserwisseri zitiert zu werden, die „Abweichungen vom Geschmack des einen einzig Makellosen und Unfehlbaren“ attackiert, wie es über Wustmann heißt.¹⁴ Die manchmal schroffe Apodiktik der *Wörterbuch des Unmenschen*-Glossen ist dabei nicht zu übersehen, wengleich sie aus den Zeitumständen und dem Ernst des Stoffes, vor allem im Jahr 1945, zu erklären ist.

Die Parallele mit den Sprachkritikern der Aufklärung geht natürlich nicht vollkommen auf. Sternbergers Wertkonservatismus wurzelt wohl in der intellektuellen Krise des zwanzigsten Jahrhunderts, ist – mit seiner Entscheidung für die Jaspers'sche und gegen die Heidegger'sche Existenzphilosophie – als Versuch zu verstehen, vor dem Hintergrund der philosophischen und politischen Umwälzungen des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts ein festes Fundament für das private und das gesellschaftliche Leben zu entdecken, die dem Wandel der Zeiten standzuhalten vermag. Und als Leidender unter der Gewaltherrschaft war sein Metadiskurs über die Sprache der eines sich auflehrenden, um Reste der Öffentlichkeit ringenden Betroffenen, und sprachbiographisch stark indiziert. Die so geformte Sprachsensibilisierung ist im Jahre 1945, im Augenblick „des freien geistigen Umblicks und Ausgriffs, der Prüfung überlieferter moralischer Prinzipien“ (*Schriften*, Bd.9, S. 9), längst zum Habitus geworden und hat als Leistung der Entnazifizierung Wichtiges beizutragen, auch wenn die versuchte Fortschreibung in die 1950er und 1960er Jahre hinein zunehmend problematisch erscheint, indem der Fokus auf den Nationalsozialismus „gelockert“ und ersetzt wird durch einen auf leitende aber anonyme Eliten in Wirtschaft und Verwaltung.

Damit wird der Nachkriegs-Diskurs über die Sprache als Teil der „Vergangenheitsbewältigung“ in der Bundesrepublik in den 1950er und 1960er Jahren angeschnitten, der vorrangig nicht in sprachwissenschaftlichen Fachkreisen,¹⁵ sondern von Publizisten und Schriftstellern wie Böll und Walser geführt wurde – geführt werden musste.

Auf die Frage, ob alle „vom NS-Regime mißbrauchten Wörter für alle Zeiten in der deutschen Sprache tabuiert werden“ sollten, antwortete Herbert Bartholmes in seiner Rezension von Cornelia Berning 1964, dies sollte „nur für solche Ausdrücke gelten [...], die von ihrer Erfindung an der Unmenschlichkeit Ausdruck gaben“.¹⁶ Allerdings könne der Rezensent Bölls Forderung an die Sprachbenutzer nur bedingt gelten lassen: „Wer es hinschreibt, sollte wissen, welche Erbschaft es trägt und welcher Wandlungen es fähig ist“. Denn dies bedeute wohl, dass Wörter wie „Volk“ und „Gott“ angesichts der in ihrem Namen verübten Verbrechen nicht mehr gebraucht werden könnten, ferner wäre es nicht mehr möglich, ein belastetes Wort wie „völkisch“ in seinem ursprünglichen Sinne von „ethnisch“ zu gebrauchen, wie es ihm doch kurz davor begegnet sei. Bartholmes verweist unter anderem auf die im akademischen Alltag noch gebräuchlichen Abkürzungen SA für „Sonderabdruck“ und SS für „Sommersemester“, „ohne daß sie politische Rückschlüsse auf ihre Benutzer zulassen“. Die Beispiele und der Kommentar zeigen, wie die in der *Wandlung* artikuliert Problematik noch in ihrer ganzen Vertracktheit aktuell bleibt. Als zeitgeschichtliches Dokument gelesen, gibt das *Wörterbuch des Unmenschen* noch heute Anlass, über die Sprache, vor allem über die „stillen Veränderungen“ im Wortgebrauch, nachzudenken.

In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend auf die „Relektüre“ des „Wörterbuchs“ von Konrad Ehlich, aus dem Jahr 1998, verweisen.¹⁷ Ehlich konstatiert: Für „eine große Zahl“ der Ausdrücke gilt, dass eine „Beziehung zur Ideologie und Sprachpraxis des Nationalsozialismus von heutigen Sprechern [...] nicht mehr erfahren“ wird. Die kritisierten Sprachverwendungen gehören „im wesentlichen allgemeineren sprachgeschichtlichen Tendenzen zu“ und „gewinnen ihre Brisanz also gerade aus ihrer ‚Nicht-Einmaligkeit‘, aus ihrer spezifischen Vereinbarkeit und Kompatibilität mit sprachlichen Tendenzen der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Es sind die Kontinuitäten, die frappieren“. Das im „Wörterbuch“ oft nahe gelegte Bild von der Sprache als handelndem Subjekt suggeriert eine gegenüber den Handelnden „verselbständigte Sprache“, die die Autoren vereint „mit Autoren, die [...] aktiv am nationalsozialistischen Zusammenhang partizipierten“, wie Weisgerber. Sternberger, Storz und Süskind bedienen sich also „einer Sprachkonzeption, die auf vertrackte Weise derjenigen nahesteht, die gerade zu kritisieren sie sich mit guten Gründen und den besten Absichten vorgenommen haben. Sie erweisen darin eben jene allgemein präsuppositionellen Grundvorstellungen der Zeit als wirksam, aus deren Bannkreis sie sich und ihre Leser befreien möchten“.

Eine Relektüre des „Wörterbuchs“ erhebt für Ehlich die Frage „nach dem Stellenwert dieser unmittelbar spezifischen Anteile angesichts der am *Wörterbuch des Unmenschen* erkennbaren Kontinuität faschistischer Redeweise mit der vor- und mit der nachfaschistischer Zeit“. Damit wird die Möglichkeit erwogen, dass im *Wörterbuch des Unmenschen* eine Kategorie von Ausdrücken anvisiert wird, die durchaus in eine Gesamtdarstellung der faschistischen Sprach- und Kommunikationsgesellschaft gehört, als Substrat habitueller, normierender Redeweisen, die in pragmatischen Kommunikationskontexten in „Mischungsverhältnissen“ zu zentralen Ideologemen stehen und eine Art Umfeld des politischen Sprechens bilden.

Daraus folgert Ehlich, dass man aus dem Fortbestehen solcher Sprachverwendungen nach 1945 nicht ohne weiteres auf deren Harmlosigkeit schließen soll. Dass die meisten Sprecher heute in diesen Wortgebräuchen keine Gefahr sehen, sagt schließlich auch etwas aus über unsere heutige Sprachsensibilität und unser Demokratieverständnis – sei dies aus Zuversicht in die Stärke unserer gesellschaftlichen Institutionen oder (dies wäre eher Sternbergers Befürchtung) aus Unachtsamkeit gegenüber ihrer schleichenden Einverleibung in die Diskurse der Staats-, Berufs- oder privatwirtschaftlichen Interessen und dem schrittweisen Schwinden einer politisch wirksamen sprachlichen Öffentlichkeit. Insofern bleibt die Herausforderung des „Wörterbuchs“ an die Leser aktuell, die damaligen Beispiele selbst in sprachkritischer Weise weiterzudenken. Heute ginge es vielleicht um andere Vokabeln und andere gesellschaftlichen Prozesse. Konstant bliebe vielleicht die Einsicht, dass die Rhetorik der Fürsorge wohl immer ein Potenzial für Machtmissbrauch in sich birgt, wie die Wahl von „Menschenmaterial“ als „Unwort des Jahrhunderts“ zu belegen scheint. Es frappieren tatsächlich hier die Kontinuitäten mit der modernen Gentechnik. Auch wenn die ethische Forderung solcher Sprachkritik schließlich eine utopische Überforderung ist, mag es doch sinnvoll sein, den Maßstab vor Augen zu haben, dass jedes Wort, das wir reden, uns selbst und die Welt, in der wir leben, ändert. Dass dieses Gebot einen dringenden Ernst besitzen kann, lehrt eine zeitgeschichtlich informierte Lektüre von Sternbergers politischer Sprachkritik. Denn: „Wer will vorweg sagen, wieviel neue Gestalten dieselben Geister inzwischen angenommen haben, die, noch unerkannt, darum nur noch mächtiger unter uns gehen?“

- 1| Der Text des Vortrags ist meinem Buch entnommen: „Jedes Wort wandelt die Welt“: Dolf Sternbergers politische Sprachkritik, das im Herbst 2007 als Publikation der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung bei Wallstein (Göttingen) erscheint.
- 2| Dolf Sternberger, „Jugendstil – Begriff und Physiognomie“, Die Neue Rundschau 45 (1934), S. 255–271 (S. 256). Wieder abgedruckt als „Über den Jugendstil“, in: Über den Jugendstil und andere Essays, Claassen Verlag, Hamburg 1956, S. 11–28.
- 3| Manfred Gawlina, „Politische Interpersonalität, aristotelisierend. Eine Erörterung von Dolf Sternbergers Gesamtwerk“. Philosophische Rundschau 45 (1998), 228–238 (S. 228f.).
- 4| Vgl. Heidrun Kämper, Der Schulddiskurs in der frühen Nachkriegszeit. Ein Beitrag zur Geschichte des sprachlichen Umbruchs nach 1945. de Gruyter, Berlin/New York, 2006, S. 437, 459.
- 5| Zitiert nach Willy Sanders, Sprachkritikastereien und was der „Fachler“ dazu sagt. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 1992, S. 131.
- 6| Vgl. Hans Jürgen Heringer, „Der Streit um die Sprachkritik. Dialog mit Peter von Polenz im Februar 1981“. In: Heringer (Hg.), Holzfeuer im hölzernen Ofen. Aufsätze zur politischen Sprachkritik. Gunter Narr, Tübingen 1982, S. 72f.
- 7| Z.B. „Wiener Walzer im zweiten Fall“, in: Nikolas Benckiser (Hg.), Modenschau der Sprache. Societäts-Druckerei, Frankfurt/M., 1969, S. 121–131.
- 8| Vgl. „Ein Vokabelvirus“ (1987), in: Sternberger, Schriften, Bd. 11, S. 426f.
- 9| Sanders 1992, S. 131.
- 10| Sanders 1992, S. 130 (über Wustmann).
- 11| Zitiert nach Jürgen Schiewe, Die Macht der Sprache. Beck, München 1998, S. 147. Dort auch das folgende Zitat.
- 12| Die Argumentation hier folgt Orths exemplarischer Darstellung.
- 13| Zitiert nach Schiewe 1998, 133f.
- 14| R.W. Leonhardt, zitiert nach Sanders 1992, S. 130f.
- 15| Vgl. Horst Dieter Schlosser, „Sprachkritik als Problemgeschichte der Gegenwart“. In: Böke/Jung/Wengeler, (Hgg.), Öffentlicher Sprachgebrauch. Praktische, theoretische und historische Perspektiven. Westdeutscher Verlag, Opladen. 1996, S. 103–106.
- 16| Herbert Bartholmes, Muttersprache 75 (1965), S. 58–61. (S. 61).
- 17| Konrad Ehlich, „...LTI, LQI, ...“. In: Kämper/Schmidt (Hg.), Das 20. Jahrhundert. Sprachgeschichte – Zeitgeschichte (Institut für deutsche Sprache, Jahrbuch 1997). de Gruyter, Berlin/New York 1998, 275–303.

DIE AUTOREN

Prof. Dr. William John Dodd
Head of Department of German Studies, University of Birmingham

W. J. Dodd, geboren 1950, ist Professor of Modern German Studies an der University of Birmingham in England und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Zeitschrift *Aptum: Zeitschrift für Sprachkritik und Sprachkultur*. Studium der Germanistik und Slawistik an der University of Leeds und der angewandten Linguistik an der University of Manchester, 1976-1978 Lektor am Englischen Seminar der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Promotion 1982 über Kafkas Dostojewski-Rezeption. Publikationen auf den Gebieten Grammatik und Sprachpädagogik des Deutschen, deutsche Literatur (vor allem zu Franz Kafka), Korpuslinguistik, Sprachkritik. Leverhulme Major Research Fellow 2000-2002. Im Herbst 2007 erscheint sein Buch „Jedes Wort wandelt die Welt“: Dolf Sternbergers politische Sprachkritik als Veröffentlichung der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung bei Wallstein in Göttingen.

Prof. Dr. Dr. phil. h.c. Klaus Landfried
Präsident a. D. der Hochschulrektorenkonferenz

Geboren am 26. Januar 1941 in Heidelberg

1961-1968 Studium der Volkswirtschaftslehre, Geschichte, Neuere Deutsche Literaturgeschichte, des Öffentlichen Rechts und der Politikwissenschaft an den Universitäten Basel und Heidelberg

1970 Promotion an der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Heidelberg

1968-1971 Assistent und Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

1969-1972 Leiter der Forschungsgruppe „Wahl der Parlamente“ (DFG-Projekt) zusammen mit D. Nohlen am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg

1972/1973 John-F.-Kennedy-Memorial Fellow an der Harvard University in Cambridge/Massachusetts, USA

- 1974-1987 *Professor für Politikwissenschaft im Fachbereich Sozial- und Wirtschaftswissenschaften der Universität Kaiserslautern*
- 1981-1984 *Stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft*
- 1981-1987 *Vizepräsident der Universität Kaiserslautern*
- 1987-1997 *Präsident der Universität Kaiserslautern*
- 1991-1997 *Vizepräsident der Hochschulrektorenkonferenz*
- 1994-1998 *Mitglied des Vorstands der Vereinigung Europäischer Universitäten (CRE)*
- 1997-2003 *Präsident der Hochschulrektorenkonferenz*
- seit 2003 *Mitglied des Scientific Board der Volkswagen-AutoUni (Wolfsburg)*
- seit 2004 *Mitglied des 12köpfigen Auswahl-Ausschusses der EU Kommission für ERASMUS-WORLD*
- seit 2004 *Mitglied des Direktoriums (Gesellschafterkreis) der Privaten Universität Witten-Herdecke*

Dr. Günther Nonnenmacher
Herausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

Geboren am 2. November 1948 in Karlsruhe, verheiratet, zwei Kinder

- 1969–1973 *Studium der Politischen Wissenschaften, Geschichte, Staatsrecht und Philosophie in Freiburg, Frankfurt und Heidelberg*
- 1975 *Promotion zum Dr. phil. bei Dolf Sternberger*
- 1975–1982 *wissenschaftlicher Assistent für das Fach Politikwissenschaft an der Gesamthochschule Wuppertal*
- 1982 *Habilitation in Heidelberg über politische Philosophie im 17. und 18. Jahrhundert*
- seit 1982 *politische Redaktion der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, F.A.Z.*
- 1986–1993 *Leiter der außenpolitischen Abteilung der F.A.Z.*
- seit 1994 *Mitherausgeber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Sonntagszeitung*

Prof. Dr. Ulrich Raulff
Direktor des Deutschen Literaturarchivs Marbach

Geboren 1950

- 1977 *Studium der Philosophie und Geschichte. Promotion in Marburg*
- 1995 *Habilitation an der Humboldt-Universität Berlin*
- seit 1994 *Redakteur im Feuilleton der Frankfurter Allgemeinen Zeitung; seit 1997 Feuilletonchef*
- seit 2001 *Leitender Redakteur im Feuilleton der Süddeutschen Zeitung*
- 1995 *Fellow des Getty Research Institute in Santa Monica (USA)*
- 2003/2004 *Fellow des Wissenschaftskollegs in Berlin*
- seit 2004 *Direktor des Deutschen Literaturarchivs Marbach*
- seit 2005 *Mitglied im Präsidium des Goethe-Instituts*

Prof. Dr. Bernhard Vogel
Ministerpräsident a.D., Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung

Geboren am 19. Dezember 1932 in Göttingen, Volksschule in Gießen, Humanistisches Gymnasium in Gießen und München

- 1953 *Abitur in München, Studium der Politischen Wissenschaft, Geschichte, Soziologie und Volkswirtschaft in Heidelberg und München*
- 1960 *Promotion zum Dr. phil. mit einer Arbeit zum Thema „Die Unabhängigen in den Kommunalwahlen westdeutscher Länder“ bei Dolf Sternberger, Wissenschaftlicher Assistent am Institut für Politische Wissenschaft an der Universität Heidelberg*
- 1961–1967 *Lehrbeauftragter am Institut für Politische Wissenschaft der Universität Heidelberg, gleichzeitig Arbeit in der Erwachsenenbildung*
- 1967–1976 *Kultusminister von Rheinland-Pfalz*
- 1972–1976 *Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK)*
- 1976–1988 *Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz*

<i>1976/1977</i>	<i>Präsident des Bundesrates, erneut 1987/1988</i>
<i>1976–1988</i>	<i>Vorsitzender der Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten</i>
<i>seit 1979</i>	<i>Vorsitzender, von 1992 bis 2007 stellv. Vorsitzender des Verwaltungsrates des Zweiten Deutschen Fernsehens</i>
<i>1989–1995</i>	<i>Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung</i>
<i>1992–2003</i>	<i>Thüringer Ministerpräsident</i>
<i>seit 2001</i>	<i>(ehrenamtlicher) Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung</i>